:antifaschistische nachrichten

Nr. 24

g 3336 26.11.2015 31. jahrg./issn 0945-3946 1,50 €

www.antifaschistische-nachrichten.de

Niederkrüchten steht auf

NIEDERKRÜCHTEN/KREIS VIERSEN. 800 bis 900 Menschen, überwiegend aus Niederkrüchten und Umgebung, haben am 13. November gegen eine Kundgebung der AfD in Niederkrüchten-Elmpt demonstriert. Die Gegendemonstranten hatten sich an drei Stellen des Ortes versammelt, um sich dann zum Abschluss im Umfeld des Rathauses zu treffen. Die AfD hatte rund 150 Anhänger aus dem gesamten Bezirksverband Düsseldorf herangekarrt, um gegen die Unterbringung von Flüchtlingen auf einem früheren britischen Militärgelände zu demonstrieren. Als Hauptredner trat AfD-NRW-Chef Marcus Pretzell auf.

hma ■

Haverbeck verurteilt

HAMBURG. Die Holocaust-Leugnerin Ursula Haverbeck ist am 12. November vom Amtsgericht Hamburg wegen „Volksverhetzung“ zu 10 Monaten Haft ohne Bewährung verurteilt worden. Haverbeck attackierte in ihren Aussagen den § 130 des Strafgesetzbuchs, der ihrer Meinung nur zu dem Zweck geschaffen wurde, um eine Lüge zu decken. Das KZ Auschwitz sei ein reines Arbeitslager und kein Vernichtungslager gewesen. Es ist davon auszugehen, dass Haverbeck gegen das Urteil in Berufung gehen wird.

hma ■

„Volksverein“ bedroht

MÖNCHENGLADBACH. Ein Zettel mit der Aufschrift „Hört auf, Flüchtlinge zu unterstützen. Deshalb ist in der Halle auch eine Bombe“ hat am 10. November zu einem Großeinsatz der Mönchengladbacher Polizei geführt. Gefunden wurde der Zettel in den Räumen des gemeinnützigen „Volksverein“. Dieser sammelt u.a. gebrauchte Kleidung und gibt diese zu günstigen Preisen weiter. Nicht nur an

Spendet für die Antifaschistischen Nachrichten

Spendenstand, 23.11.2015: 900,– Euro

BLZ: 370 100 50, Postbank Köln

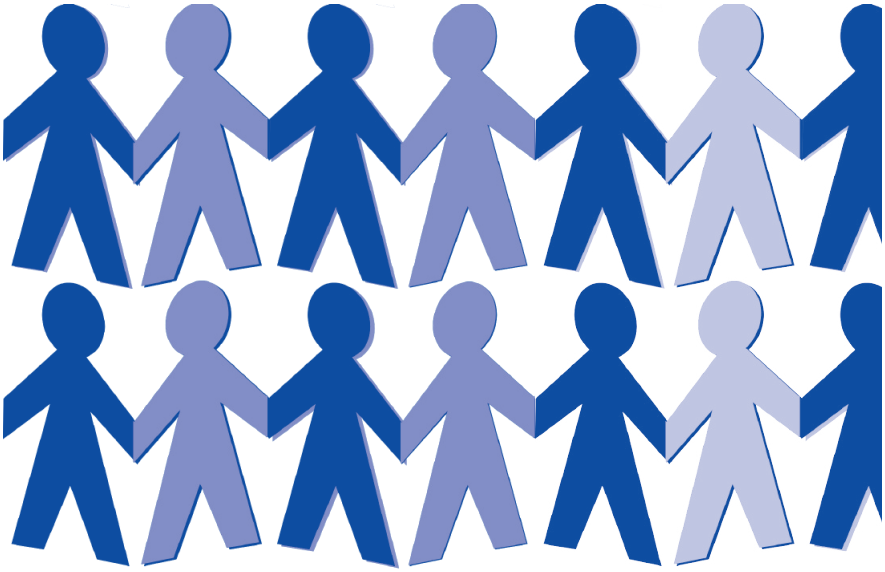
Kto: 104 19 507

IBAN: DE 95 3701 0050 0010 4195 07

BIC PBNKDEFF370

Die Pariser Attentate sowie die ersten politischen und gesellschaftlichen Konsequenzen

von Bernard Schmid, Paris



Von dem deutschen Maler Max Liebermann (1871-1935) stammt das berühmte Zitat, das sich zu seiner Zeit auf den Aufstieg der Nazibewegung bezog: „Ich kann gar nicht so viel fressen, wie ich kotzen möchte.“

Auch wenn die Situation anders gelagert ist, möchte man das Zitat gerne auf die Pariser Attentate vom Abend des Freitag, 13. November 2015 sowie auf ihre erwarteten und erwartbaren Auswirkungen beziehen. Zunächst einmal natürlich wegen der Opfer: 130 Tote bis Redaktionsschluss (bei einigen Schwerverletzten wurde weiterhin ihr Ableben befürchtet) sowie 350 Verletzte. Es hätte, betrachtet man die angegriffenen Örtlichkeiten – vom Fußballstadion bis zum Restaurant und Café – buchstäblich fast jede und jeden treffen können.

So war es auch gemeint. Ein Bekennerschreiben des so genannten ‚Islamischen Staats' (IS), das am Samstag, den 14. November d.J. publik wurde, enthält eine doppelte Dimension. Einerseits werden die angegriffenen Gaststätten und Amüsier-Örtlichkeiten als Sündenpfuhl und Orte der Verderbnis für die Jugend beschrieben. Zum Anderen wird behauptet, es handele sich um Racheakte für Frankreichs militärisches Eingreifen in Syrien. Seit dem 27. September 2015 bombardierte Frankreich erstmals Stellungen des IS auch in Syrien; bis dahin hatte Frankreich zwar an der 2014 gegründeten internationalen Anti-IS-Koalition teilgenommen, jedoch nur im Iraq Luftangriffe geflogen (weil die iraqischen Behörden solche anforderten, während das syrische Regime sich gegen die Anwesenheit westlicher Truppen in seinem Luftraum aussprach – dagegen seit dem 30. September 2015 selbst russische Luftangriffe anforderte). Seit dem Wochenende des 14./15. November 2015 Frankreich nun verstärkte Luftangriffe auf die Provinzhauptstadt Raqqa in Nordost-Syrien, die vom IS kontrolliert wird – aber auch eine Zivilbevölkerung zählt –, zum Teil kordiniert mit russischen Luftattacken. Es ist damit zu rechnen, dass die aktuelle Situation zu einer verstärkten Annäherung des offiziellen Frankreich an das Folterregime Bascher Al-Assads führen wird, vor

Fortsetzung Seite 8

Flüchtlinge. Eine Bombe fand die Polizei, die nun ein Strafverfahren eingeleitet hat, nicht. Erst vor einigen Wochen waren im Stadtgebiet an zahlreiche Hauswände Hakenkreuze geschmiert und mit Schablonen „Maria statt Scharia“-Parolen gesprüht worden. Ende Oktober rief eine Gruppierung mit Pegida-Ansichten unter dem Namen „Mönchengladbach steht auf“ zu einer ersten Demonstration in der Stadt auf. Unter dem Motto „Merkel muss weg“ zogen etwa 100 Personen durch die Stadt. An der antifaschistischen Gegendemonstration beteiligten sich rund 300 Menschen.

hma ■

Preis für Bandulet

MÜNCHEN. Die „Deutsche Edelmetall-Gesellschaft“ (DEG) hat ihren diesjährigen Preis an den Publizisten und „Junge Freiheit“-Autor Bruno Bandulet vergeben. Mit dem Preis werden Persönlichkeiten geehrt, die in der Öffentlichkeit engagiert über das Geldwesen und dabei über die traditionelle Rolle von Gold als Zahlungsmittel aufklären. Bandulet, in den 1990er Jahren für den rechtsgewirkten „Bund Freier Bürger“ aktiv, gilt als „Grandseigneur der deutschen Edelmetall-Szene“ („Smart Investor“). *hma* ■

IG BCE Regionalforum Bottrop organisiert Demo gegen Rechts

Mit einer „Mahnwache“ wollte die Rechtspartei Pro NRW am letzten Oktoberwochenende in Bottrop Stimmung machen gegen Flüchtlinge und rassistische Ressentiments bedienen. Den vier angereisten Vertretern der Rechten standen 400 Gegendemonstranten der Bottroper Bürgerschaft gegenüber. Aufgerufen zur Gegendemo hatte das Bündnis „Bunt statt braun“, das federführend vom Regionalforum der IG BCE in Bottrop initiiert und organisiert wurde und an dem unter anderem auch der DGB beteiligt war.Unter dem Motto „Kunterbunt gegen Rechts“machten die 400 Pro-NRW-Gegner mit ihren bunten Kleidern, Transparenten, Trillerpfeifen und „Hautab“-Sprechchören mehr als deutlich,dass in Bottrop für fremdenfeindliche Hassparolen kein Platz ist.

Quelle: http://www.gelbehand.de 16.11.2015 ■

AfD-Veranstaltung mit Marcus Pretzell findet nicht in Hannover statt.

Protest gegen den Bundesparteitag der AfD geplant.

Ende letzter Woche hatte die Interventionistische Linke Hannover zu Protesten gegen die Veranstaltung der AfD aufgerufen. Als Gast war der NRW Landesvorsitzenden Marcus Pretzell angekündigt, der gefordert hatte Flüchtende notfalls auch mit Schusswaffen zu stoppen. Die Sprecherin der IL Hannover zeigt sich erfreut über den Ausfall der Veranstaltung: „Es ist erfreulich, dass die AfD für die Veranstaltung mit dem Scharfmacher Pretzell keine Räume in Hannover gefunden hat.“

Unverständnis besteht allerdings über die Tatsache, dass die Stadt Hannover der Bundespartei Räume im Congress Centrum (HCC) zur Verfügung stellt. „Nach dem Bund Freier Bürger, den Republikanern, der NPD und rechten Esoteriker_innen kann nun die AfD im Vorzeigeobjekt HCC tagen.“

Bereits jetzt haben sich u.a. linke Gruppen, Gewerkschaften, studentische Initiativen und parteinahe Jugendorganisationen auf einen gemeinsamen Protest verständigt. Unter dem Motto „Es reicht! Nationalismus ist keine Alternative.“ soll breit gegen den AfD Parteitag mobilisiert werden. Eine Beteiligung aus dem „Bunt statt braun“-Bündnis ist ausdrücklich erwünscht. „Sowohl bei den Protesten gegen HoGeSa im November 2014, als auch bei der erfolgreichen Blockade des ersten HAGIDA Marsch haben wir „Bunt statt braun“ zu gemeinsamen Aktionen eingeladen.

Wir hoffen dieses Mal gemeinsam protestieren zu können.“

Informationen sind zeitnah auf http://esreicht.blogsport.de verfügbar.

Interventionistische Linke Hannover ■

NPD-Parteitag polizeilich durchgesetzt

Mehrere Tausend Menschen haben am Samstag in Weinheim gegen den dort stattfindenden Bundesparteitag der Nazi-Partei NPD protestiert. Nur durch ein massives Polizeiaufgebot war es den Delegierten der NPD überhaupt möglich gemacht worden, zur Stadthalle durchzukommen. Die Polizei hatte den Delegierten der NPD den Weg in die Stadthalle regelrecht freigeprügelt.

Das antifaschistische Bündnis Block NPD hatte im Vorfeld zu Blockaden rund um die Stadthalle aufgerufen. Schon um 8 Uhr hatten Antifaschist*innen drei Zugangsstraßen zur Stadthalle mit mehreren Hundert Menschen blockiert.

Bereits am frühen Vormittag zeichnete sich die Polizei durch brutale Attacken auf Gegendemonstrant*innen aus. Rund 120 Verletzte auf der Seite der Gegendemonstrant*innen hat die Polizei durch ihre unverhältnismäßigen Angriffe zu verantworten. Allein die Sanitätsgruppe Süd-West schreibt von 89 Verletzten. Die Menschen wurden von Polizist*innen mit Pfefferspray, Tritten und Schlagstockeinsatz traktiert. Zwei Verletzte auf der Seite der Gegendemonstrant*innen mussten zur weiteren Behandlung in Kliniken gebracht werden. Bei einer Genossin liegt der Verdacht auf einen Halswirbelbruch vor.

Insgesamt wurden 160 Menschen vorübergehend festgenommen, darunter viele aus einem Polizeikessel an der Birkenauer Talstraße. Die Polizei stellte ihre Personalien fest, fotografierte sie und brachte sie mit Bussen der VRN in eine Gefangenensammelstelle (Gesa) und eine Haftanstalt in Mannheim. Somit wurde diesen Menschen die Möglichkeit genommen, an der Demonstration um 14 Uhr teilzunehmen.

Am Nachmittag sammelte sich am Bahnhof die antifaschistische Demonstration unter dem Motto „Rassismus und völkischem Nationalismus entgegentreten!“. Nach mehreren Redebeiträgen setzte sich der Zug mit rund 2500 Demonstrant*innen in Bewegung. Über die Hauptstraße gingen die Protestierenden lautstark zum Marktplatz, wo eine Zwischenkundgebung abgehalten wurde. Schlusspunkt der friedlichen, aber entschlossenen Demo war bei der Peterskirche, wo am Vormittag der Polizeikessel stattgefunden hatte.

Auch während des Protestzuges tat sich die Polizei durch repressive Maßnahmen hervor. Die Demonstration wurde begleitet von einem behelmten Spalier. Vor dem Zug marschierten vermummte Einsatzkräfte.

Beim Bürgerfest „Weinheim bleibt bunt“ und dem Guck-hin-Aktionscamp auf der anderen Seite der Weschnitz gab es ein buntes Kulturprogramm in unmittelbarer Nähe zur Stadthalle.

Fazit des Tages: Die Polizei hat am Samstag den Parteitag der NPD mit einem brachialen Einsatz durchgesetzt. Von Deeskalation oder der viel zitierten „Verhältnismäßigkeit der Mittel“ kann keine Rede sein.

Es ist davon auszugehen, dass die NPD im kommenden Jahr erneut Weinheim zu ihrer „Stadt der Parteitage“ machen wird.

Block NPD wird ebenfalls da sein. ■

Veranstaltung zum Volkstrauertag

Am Volkstrauertag, am 15. November 2015 fand in Aachen wieder eine Antifaschistische Gedenkveranstaltung auf dem Waldfriedhof statt, wo über 50 Opfer des Nazi-Regimes begraben sind – organisiert von der VVN-BdA Aachen und unterstützt vom KAB Aachen Stadt und Frauen 60+. Wir dokumentieren den Wortbeitrag von Detlef Peikert zur aktuellen Werbekampagne der Bundeswehr:

„Macht und Verantwortung" umschreiben aktuellen Militarismus

Die Bundeswehr macht zurzeit mit einer Kampagne auf sich aufmerksam und wirbt um Nachwuchs. Auf Litfasssäulen und Plakatwänden spricht sie zu uns:

• Krisenherde löschst Du nicht mit abwarten

• Wir kämpfen auch dafür, dass Du gegen uns sein kannst

• Seit 60 Jahren wachsen wir an unseren Aufgaben

Um was für eine Armee handelt es sich? Nach eigener Darstellung ist sie von einer Verteidigungsarmee umgebaut zu einer Interventionsarmee. Die Bundesregierung hat unter dem Motto „Macht und Verantwortung übernehmen" den weltweiten Einsatz der Bundeswehr weiter entfaltet.

In einem gleichnamigen regierungsnahen Papier wird eingeräumt, Deutschland hat mit Partnern die Weltordnung geschwächt durch „doppelte Standards" oder Kriegskoalition Williger u.a., um dann fortzuführen „Das alles schließt nicht aus, dass Deutschland gleichzeitig informelle oder schwach formalisierte Strukturen wie die G-20-Gruppe nutzt, um in einer Krise und bei Blockaden oder Ineffektivität der etablierten Institutionen die Fähigkeit zur Problemlösung wieder zu gewinnen."

Was heißt das? Deutschland will – jeweils mit geeigneten und willigen Partnern – das Völkerrecht und die Welt den eigenen Bedürfnissen anpassen. Orientierung geben die „Grundwerte von Menschenwürde, Freiheit, Rechtsstaatlichkeit und gutem Regieren, demokratischer Partizipation, globaler sozialer Marktwirtschaft" – mit dem letzten Punkt wird der Mittelpunkt des Regierungshandelns benannt – es geht um die Durchsetzung uneingeschränkter Herrschaft des kapitalistischen Ordnungsprinzips.

Hier, und nur hier, kommt die Bundeswehr zur Durchsetzung deutschen „Gestaltungswillens" zum Einsatz. Der deutsche Militarismus lebt fort.

Im Ergebnis ist die Bundeswehr aktuell in 14 Staaten oder Regionen der Welt im Einsatz, also außerhalb des Geltungsbereiches des Grundgesetzes oder des Bündnisgebietes der Nato.

Und heute titelt die „Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung" anlässlich der grauenhaften Terroranschläge in Paris: WELTKRIEG. Mehrfach rät die FAS dann, auch militärisch in Syrien einzugreifen und Bodentruppen zu entsenden, und die FAS benennt zugleich den Preis: „Ohne Opfer wird dieser epochale Kampf nicht zu bestehen sein."

Die erneute Hinwendung zu Krieg und Kriegsbeteiligung sagt uns, 60 Jahre Bundeswehr – Kein Grund zum Feiern.

Dennoch beinhaltet die BW-Kampagne auch Gesichtspunkte, die Mut machen. Denn diese Image- und Werbekampagne ist nötig, weil bislang alle Kampagnen zur Gewinnung Jugendlicher in Schulen und Arbeitsämtern nicht erfolgreich waren. Diese Image- und Werbekampagne ist nötig, weil nach wie vor eine Mehrheit der Deutschen eine Beteiligung der Bundeswehr an Kriegseinsätzen ablehnt.

Diese Ablehnung macht Mut. Weiter so. Es wird Zeit – Bundeswehr abtreten.

Aus Dokumentation der VVN/BdA Aachen: Volkstrauertag 15.11.2015 ■

Antimilitaristischer Protest am Hochkreuz gegen Soldatenehrung

Bundeswehr will auch künftig hitlertreuen Wehrmachtsoffizieren Ehre erweisen

„Die Bundeswehr will sich von ihren Traditionssträngen zur Wehrmacht noch immer nicht lösen", sagt die innenpolitische Sprecherin der Fraktion DIE LINKE, Ulla Jelpke, mit Blick auf die Antwort der Bundesregierung auf eine Kleine Anfrage (BT-Drucksache 18/6653) nach Ehrenbekundungen für verstorbene Wehrmachtsoffiziere. Demzufolge richtet die Bundeswehr weiterhin Ehrengeleite bzw. Abordnungen bei Beerdigungen von Wehrmachtsangehörigen aus. Jelpke weiter:

„Sechs ehemalige Offiziere und zwei Gefreite, bis auf einen allesamt Träger des Ritterkreuzes bzw. des Eisernen Kreuzes, sind seit 2012 unter Ehrenbekundungen der Bundeswehr zu Grabe getragen worden. Die Bundesregierung stellt klar, dass sie an dieser Praxis auch in Zukunft festhalten will, und zwar unabhängig davon, ob die Verstorbenen der Wehrmachtsopposition angehört haben oder bis zum Kriegsende loyal zur Naziführung standen. Eine Prüfung, ob die Einheiten, denen die Verstorbenen angehört hatten, an Kriegsverbrechen beteiligt gewesen waren, findet allenfalls kursorisch statt. Die Bundesregierung verweist darauf, dass hierfür ‚umfangreiche Recherchen' nötig wären, die sie aber für einen ‚nicht vertretbaren Aufwand' hält. Mit Verweis auf das militärische Brauchtum erklärt die Bundesregierung, es entspreche der ‚Achtung vor Toten', Bitten der Hinterbliebenen nach Ehrenbekundungen nicht ‚pauschal zu verwehren, nur weil der Verstorbene Angehöriger der Wehrmacht war'. Damit verkennt sie allerdings, dass es sich bei den Offizieren um Männer gehandelt hat, die sich als Berufssoldaten freiwillig am Raub- und Vernichtungskrieg der Nazis beteiligt haben. Die Achtung vor Toten gebietet noch lange nicht, dass die Bundeswehr an ihren Gräbern aufmarschiert und stramm steht. Ehrenbekundungen sind keine Privatangelegenheit, sondern ein Politikum. Es ist nicht einzusehen, dass die Bundeswehr den Tätern und Helfern der faschistischen Tyrannei irgendeine Ehre erweist. An diesem Sonntag findet auf der Luftwaffenbasis Zell in Bayern wiederum die sogenannte Mölders-Feier statt, aus Anlass des 74. Todestages des Wehrmachts-Luftwaffenoffiziers. Auch hierin zeigt sich die unselige Traditionspolitik der Bundeswehr."

Ulla Jelpke, MdB ■

Zschäpes „Wende“ ist keine Wende des Prozesses

Große Aufregung. Zschäpe will aussagen. Also dann doch eigentlich nicht, ihr Verteidiger soll eine (umfassende(?)) Erklärung verlesen. Ist das eine Wende, wie in machen Veröffentlichungen behauptet wird? (oder nur ein Beitrag zum 11.11. wie extra3 twittert)

Von einer Wende des Prozesses könnte nur gesprochen werden, wenn bei dieser Einlassung völlig neue Tatsachen behauptet werden, nach denen Zschäpe unschuldig ist. Eine absurde Vorstellung. Nur wenn man Zschäpes Schweigen (und nicht die von ihr begangenen Verbrechen) als beherrschenden Inhalt des NSU – Prozesses sieht, kann man „Reden“ als „Wende“ werten. Frau Zschäpe selbst will nichts sagen, wird aber wohl mindestens einen Satz sagen müssen wie etwa: Ich billige diese Erklärung:

„Soweit dem die Auffassung zugrunde liegen sollte, daß Erklärungen des Verteidigers in der Hauptverhandlung in Anwesenheit des Angeklagten, der selbst keine Erklärung zur Sache abgibt, ohne weiteres als Einlassung des Angeklagten verwertet werden können, könnte dem der Senat nicht folgen. Die Verwertbarkeit setzt vielmehr voraus, daß der Angeklagte den Verteidiger zu dieser Erklärung ausdrücklich bevollmächtigt oder die Erklärung nachträglich genehmigt hat.“ (BGH 3 StR 176/05)

Durch eine Erklärung des Verteidigers auch mit Billigung der Mandantin wird aber kein wesentliches Beweismittel geschaffen. Insbesondere wenn – wie auf SPIEGEL-ONLINE angekündigt – Nachfragen nicht beantwortet werden, wird die Einlassung eine Fußnote des Prozesses bleiben:

„Mit Recht wird im angefochtenen Urteil ausgeführt, dass einer Einlassung der Angeklagten, die sich in einer schriftlichen Verteidigererklärung erschöpft, ohne dass Nachfragen beantwortet werden, ein allenfalls sehr untergeordneter Beweiswert zukommen kann.“ (BGH 5 StR 296/14)

Einige unserer Kollegen von der Nebenklage haben auf SPIEGEL-ONLINE schon klar gemacht, dass von einer verlesenen Erklärung kaum etwas zu erwarten ist. Dem können wir uns nur anschließen.

Da nun die verlesene Erklärung kaum so umfassend sein wird, dass sie alle mögliche Fragen erschöpfend beantwortet, wird die Verurteilung von Zschäpe wohl durch die Erklärung eher erleichtert:

„Durch eine Teileinlassung macht sich der Angeklagte freiwillig zum Beweismittel. Sein teilweises Schweigen bildet dann einen negativen Bestandteil seiner Aussage, die in ihrer Gesamtheit der freien richterlichen Beweiswürdigung unterliegt.“1 StR 125/00

Wollte Zschäpe wirklich substanziell etwas für sich erreichen, müsste sie so etwas wie eine Kronzeugin werden, ihre Unterstützer und alle, die falsch ausgesagt haben, an Messer liefern. Damit wird man jetzt kaum rechnen können. Wenn sie aber 15 Jahre Knast hinter sich haben wird (also etwa 2026) und dann noch bis zu 15 Jahre vor sich, wird sie es sich vielleicht überlegen.

Eberhard Reinecke ■

NSU-Prozess 10. und 19.11

Vorsitzender Götzl kündet offiziell eine Erklärung Zschäpes an – Altverteidiger beantragen erneut Entpflichtung, Wohlleben will Befangenheitsantrag stellen.

Zu Beginn des Verhandlungstages teilte der Vorsitzende mit, was die Presse seit gestern als definitiv berichtet hatte: Zschäpe-Verteidiger Grasel hat angekündigt, dass er morgen für Zschäpe eine Einlassung zu den Vorwürfen abgeben wird. Dies hatte sein Kanzlei-Senior bereits am 31.8.2015 dem Vorsitzenden angekündigt, seitdem gab es mehrere Telefonate zum Termin. Gleichwohl hielt es der Vorsitzende bis heute nicht für nötig, die anderen Prozessbeteiligten zu informieren.

… Das Altverteidigertrio Heer, Stahl und Sturm reagierte mit einem erneuten Antrag auf Entpflichtung und stützte diesen zu großen Teilen darauf, dass der Vorsitzende sie nicht von den Ankündigungen Grasels in Kenntnis gesetzt habe und damit gezeigt habe, dass das Gericht selbst von einem „irreparabel zerrütteten Vertrauensverhältnis ausgehe“.

Die Verteidigung Wohlleben wiederum kündigte eine weitere Ablehnung aller RichterInnen wegen angeblicher Befangenheit an – der Antrag wird wohl auf die Nichtinformation der anderen Prozessbeteiligten gestützt werden. …

Auch aus Sicht der Nebenklage ist natürlich das Verhalten des Vorsitzenden zu kritisieren – wenn er seit Monaten weiß, dass eine Einlassung Zschäpes bevorsteht, dann hat er das den anderen Verfahrensbeteiligten mitzuteilen – und so etwa auch den NebenklägerInnen die Gelegenheit zu geben, zu überlegen, ob sie am Tag der Einlassung Zschäpes am Prozess teilnehmen wollen. Der Antrag der AltverteidigerInnen, deswegen entpflichtet zu werden, geht aber erneut am Kern der Sache vorbei: Es ist nachvollziehbar, dass die drei, die Zschäpe immer zum Schweigen geraten haben, sich nun öffentlichkeitswirksam von der neuen Strategie distanzieren wollen. Aber: Ursprung für die Probleme der Verteidigung Zschäpe ist – erneut – alleine ihre Mandantin, die wieder einmal die VerteidigerInnen – das ursprüngliche Pflichtverteidigertrio, den neuen vierten Mann Grasel, aber auch die sie in letzter Zeit mitverteidigenden AnwältInnen von Ralf Wohlleben – gegeneinander ausspielt.

… Ganz nebenbei erschließt sich jetzt auch, warum das Gericht seit dem Ende der Sommerpause nur noch mit angezogener Handbremse verhandelt – offensichtlich ging es vor allem darum, die Zeit zu überbrücken, bis Zschäpe, Grasel und Borchert ihre Erklärung fertiggestellt haben würden.

http://www.nsu-nebenklage.de/blog/2015/11/10/10-11-2015/ – 10.11.2015

Befangenheitsgesuch der Verteidigung Wohlleben

Nach der langen Unterbrechung brachte die Verteidigung Wohlleben ihr Befangenheitsgesuch gegen alle Mitglieder des Gerichts an. Interessanterweise stützte sich dieses Gesuch nicht allein auf die fehlende Information der Beteiligten über die angekündigte Einlassung Zschäpes.
Vielmehr stellten RechtsanwältInnen Schneiders, Nahrath und Klemke zunächst noch einmal langatmig ihre bisherigen Anträge zur angeblich fehlenden Verteidigung Zschäpes und die ablehnenden Beschlüsse des Senats dar (vgl. dazu die Berichte vom 08.10.2015, 13.10.2015 und 14.10.2015). Zum Zeitpunkt dieser Beschlüsse war dem Gericht schon bekannt, dass Zschäpe sich einlassen werde und dies Heer, Stahl und Sturm nicht mitgeteilt hatte, das wurde jedoch in den Beschlüssen nicht mitgeteilt. Das Gericht habe also „hingenommen“, dass die Verteidigungsaktivitäten von Heer, Stahl und Sturm der Verteidigungsstrategie Grasels entgegenstehen würden. Das habe der Senat aber hingenommen, um „um jeden Preis“ die Einlassung Zschäpes zu erhalten.

Dass die Verteidigung Wohlleben ein erneutes Befangenheitsgesuch formulieren würde, ist wenig überraschend, steht Wohlleben doch nach dem Ergebnis der bisherigen Beweisaufnahmen mit dem

→

9. November: Pegida will „Schuldkomplex“ offiziell beenden

Erklären wir den deutschen Schuldkomplex doch offiziell für beendet, verkündete eine Pegida-Rednerin am 77. Jahrestag der Reichspogromnacht. In Berlin zog derweil ein Bärgida-Aufmarsch an einer Synagoge vorbei, während anderswo antisemitische Schmierereien auftauchten. Pegida & Co sind immerhin so ehrlich, Antisemitismus als kulturelles Erbe des Abendlandes vorzutragen. …

Wie die Polizei mitteilte, stellte sie morgens am Mahnmal in der Levetzowstraße Schriftzüge fest: „Ausc..it. 1058“ „Ausgelogen witz 1058“ „lernt die Wahrheit lest die Revisionsliste“, „höre die Wahrheit wer immer sie spricht“. Das Mahnmal an der Putlitzbrücke war ebenfalls mit schwarzer Farbe beschmiert: „Gaskammer-Lüge“, „Holohoax – Die Täter sind Zionisten“ „9.11. – false flg“.

Moabit.net informierte darüber, dass auf einem provisorischen Gedenkort an den historischen Gleisanlagen des Deportationsbahnhofs unter der Putlitzbrücke der Initiative „Sie waren Nachbarn“ in der Ellen-EpsteinStraße „Alles Lüge!“ aufgetragen wurde. Das Stadtteilzentrum Marzahn-Mitte und zwei weitere Einrichtungen in Marzahn, die z.T. in der Flüchtlingshilfe aktiv sind, wurden in der Nacht vom 9./10. November mit antisemitischen Schmierereien beschädigt. … Zudem wurden drei Veranstaltungen aus unterschiedlichen rechtsextremen Spektren in den Bezirken Mitte und Pankow durchgeführt. Die Mahnwache der „Staatenlos“-Reichsbürger fand mit etwa 20 Teilnehmenden unmittelbar vor dem Bundestagsgebäude Paul-Löbe-Haus statt. Wie schon in jüngster Vergangenheit nutzte auch die NPD den Tag, um in den Abendstunden, nur wenige 100 Meter vom „Mahnmal für die Ermordeten Juden Europas“ entfernt, ihre rechtsextremen Deutungen zum 9. November vorzutragen.

Bärgida vor Synagoge

Der „48 Abendspaziergang“ von BÄRGIDA führte vom Alexanderplatz zum S-Bahnhof Prenzlauer Allee in Pankow. Auf dem Weg dorthin zog der Aufmarsch mit seinen 120 Teilnehmenden samt Reichsfahnen und Reichskriegsflaggen an der Synagoge Rykestraße vorbei, welche 74 Jahre zuvor geplündert und geschändet worden war. Noch am Hauptbahnhof in Mitte hatte ein Redner die Bundesregierung als „Brunnenvergifter“ bezeichnet, auf dem Weg zur Synagoge wurde „Nationaler Sozialismus jetzt!“ skandiert.

In Dresden versammelten sich am Montagabend zudem erneut Tausende Menschen bei Pegida. Die Bewegung forderte am 77. Jahrestag der Reichspogromnacht „Schluss mit dem Schuldkomplex“. Pegida-Rednerin Festerling versuchte sich in Küchenpsychologie und schlug vor, loszulassen – von Vergangenheit und Schuldkomplex, so wie von einer schlechten Angewohnheit. Ganz loslassen von der Vergangenheit kann man bei Pegida aber nicht: Die Menge skandierte „Lügenpresse“, Festerling warf politischen Gegnern Nazi-Methoden vor. …

11. November 2015, Publikative.org
http://publikative.org/2015/11/11/9-november-deutscher-schuldkomplex-offiziell-beendet/

Rücken zur Wand und muss jede Gelegenheit nutzen, zu versuchen, Sand ins Getriebe zu streuen. Überraschend ist allerdings, dass auch dieses Gesuch allein auf die vermeintlichen Defizite in der Verteidigung Zschäpe gestützt wird. Insgesamt entsteht der Eindruck, dass die Verteidigung Wohlleben Befürchtungen betreffend den Inhalt einer Einlassung Zschäpes hat – möglicherweise weil sie Grund zur Annahme hat, Zschäpe könnte weitere Angaben machen, die Wohlleben belasten.

Inhaltlich ist die Argumentation der Verteidigung Wohlleben genauso hanebüchen wie die der Verteidigung Zschäpe heute Vormittag: wenn innerhalb der Verteidigung nicht an einem Strang gezogen wird und deren Mitglieder nicht miteinander sprechen, dann ist es nicht Aufgabe des Gerichts, hier tätig zu werden, im Gegenteil würde ein Tätigwerden des Gerichts einen schwerwiegenden Eingriff in das Innenverhältnis der Verteidigung bedeuten.

Der Vorwurf an das Gericht geht damit – erneut – vollständig an der Sache vorbei. Dass zudem – erneut – nicht ansatzweise erkennbar ist, wieso Wohlleben von den Querelen in der Verteidigung Zschäpe betroffen sein soll, sei nur am Rande erwähnt, das ist man ja inzwischen schon fast gewöhnt.

Pikantes Detail am Rande: Schneiders, Klemke und Nahrath teilten mit, Rechtsanwalt Grasel habe ihnen bereits am 24.09.2015 mitgeteilt, dass Zschäpe sich einlassen wolle. Sie sollten darüber aber Stillschweigen bewahren, auch gegenüber Wohlleben selbst – und hätten das auch bis heute getan. Trifft dies zu – und immerhin versichern die Wohlleben-VerteidigerInnen es anwaltlich –, dann hätten sie sich also Grasel mehr verpflichtet gefühlt als dem eigenen Mandanten.

10.11.2015
http://www.nsu-nebenklage.de/blog/2015/11/11/10-11-2015-nachmittags/

Gericht setzt mit „Sparprogramm“ fort

Das Gericht setzte heute die Hauptverhandlung fort – wie auch in den letzten Wochen mit einem sehr eingeschränkten Programm. Es drängt sich der Eindruck auf, dass es vor allem darum geht, die Zeit bis zur angekündigten Einlassung Zschäpes – wohl in der Woche des 7.12.2015 – zu füllen.

Zwei BKA-BeamtInnen sagten zu weiteren Ausspähnotizen zu Nürnberg sowie zu mehreren Städten in Nordrhein-Westfalen und Niedersachsen aus. Auch hier fanden sich einerseits Ziele möglicher rassistischer und antisemitischer Mordanschläge, aber auch wieder etwa Parteibüros von SPD und CDU und PolitikerInnen sowie Waffenläden (s. den Bericht vom 21.10.2015).

Ein weiterer Beamter hatte die Fingerabdruckspuren Zschäpes am NSU-Archiv mit Zeitungsartikeln zu deren Taten aufgenommen. Er berichtete heute zur genauen Lage der Abdrücke – die Artikel befanden sich in der Mitte der Zeitungen, was eine zufällige Berührung durch Zschäpe ausschließt.

Eine Entscheidung über den Befangenheitsantrag der Verteidigung Wohlleben ist noch nicht erfolgt – hierüber wird also erst vor der nächsten Verhandlungswoche entschieden werden: der Antrag wird mit Sicherheit abgelehnt. Interessant ist insofern eine Auseinandersetzung zu Behauptungen der RechtsanwältInnen von Wohlleben im Befangenheitsgesuch: Dort hatten sie versichert, sie hätten Wohlleben selbst von der Ankündigung des Rechtsanwalt Grasel, Zschäpe wolle aussagen, erst letzte Woche berichtet (vgl. den Bericht vom 10.11.2015). Nun stellte sich aber heraus, dass sie dem Gericht bereits im September mitteilten, Wohlleben überlege auch auszusagen, wolle aber zuerst abwarten, was Zschäpe erklären lässt. Auflösen lässt sich der Widerspruch in zwei Richtungen: Entweder die Behauptung von Schneiders, Klemke und Nahrath von letzter Woche war unwahr, oder sie haben in Verletzung ihrer Pflichten als VerteidigerInnen ihrem Mandanten nicht von dem Gespräch mit Grasel berichtet und sogar ohne Absprache mit ihm eine eigene Aussage angekündigt.

19.11.2015
http://www.nsu-nebenklage.de/blog/2015/11/19/19-11-2015/

Nach den Massakern von Paris

Von Ulla Jelpke

Meine Trauer gehört den über 130 Opfern der Massaker des sogenannten Islamischen Staates (IS) in Paris. Mein Beileid gilt ihren Angehörigen und Freunden. Gleichwohl kann ich in den Anschlägen in Paris keine „neue Dimension“ des Terrors sehen, nur weil diesmal hauptsächlich Europäer in einer westeuropäischen Metropole die Opfer waren. Denn ich trauere ebenso um über 120 Zivilisten, die der IS im Juni bei einem erneuten Angriff auf die syrisch-kurdische Stadt Kobani an einem einzigen Tag niedermetzelt hatte und die der internationalen Presse nur noch eine kurze Nachrichtenmeldung wert waren. Ich trauere um über 130 linke Aktivistinnen und Aktivisten in der Türkei, die bei zwei Selbstmordanschlägen des IS in Suruc und Ankara im Juli und Oktober getötet wurden. Und meine Trauer gilt den 224 Insassen eines russischen Flugzeuges, zu dessen Absturz über Ägypten sich Anfang November ebenfalls der IS bekannt hatte, ohne das in europäischen Hauptstädten die Fahnen auf Halbmast gezogen wurden. Ein solches Messen mit zweierlei Maß auch in der Trauer offenbart eine überheblich-koloniale Sichtweise, die einfach unerträglich und verlogen ist.

Doch ebenso unerträglich ist es, wenn jetzt rechte Ordnungspolitiker versuchen, die Toten von Paris für höchst fragwürdige innen- und sicherheitspolitische Zwecke auszuschlachten. Die deutschen Geheimdienste sollen nach dem Willen der Bundesregierung mit 500 Planstellen weiter aufgerüstet werden. Der Bundesnachrichtendienst soll gestärkt werden, obwohl er weder die eigenen Bürger noch Bundeskanzlerin Angela Merkel vor der Bespitzelung durch den US-Dienst NSA schützen konnte sondern diesem im Gegenteil noch zuarbeiten. Ebenfalls gestärkt werden soll der Verfassungsschutz, dessen zwielichtige Rolle in Verbindung mit dem NSU-Nazi-Terror bis heute nicht aufgearbeitet ist. Und in der Union ertönt erneut der Ruf nach einem – verfassungswidrigen – Einsatz der Bundeswehr als „Hilfspolizei“ im Inland.

Paris ändere alles, die Zeit „unkontrollierter Zuwanderung und illegaler Einwanderung kann so nicht weitergehen“, twitterte CSU-Generalsekretär Markus Söder, während Welt-Korrespondent Matthias Matussek durch den Terror von Paris „auch unsere Debatte über offene Grenzen und eine Viertelmillion unregistrierter junger islamischer Männer im Lande in eine ganz neue frische Richtung bewegen“ sieht. Erfreulicherweise bekamen Söder wie Matussek deutliches Kontra aus den eigenen Reihen. Doch es ist nicht zu übersehen, dass Pegida&Co bis hin zum rechten Rand der Unionsparteien die Pariser Anschläge jetzt zu weiterer Stimmungsmache gegen Flüchtlinge im Allgemeinen und Muslime im Besonderen nutzen werden. Angesichts der Tatsache, dass ein Großteil der Flüchtlinge auf der Flucht vor dschihadistischem Terror in Syrien, dem Irak und Afghanistan ist, erscheint eine solche Stimmungsmache mehr als perfide.

Es mag eine schmerzhafte Erkenntnis sein: aber der syrische Präsident Bashar al Assad hat recht, wenn er einer „fehlgeleiteten“ französischen Politik eine Mitverantwortung an der „Verbreitung des Terrorismus“ gibt. So spielte Frankreich eine führende Rolle beim Luftkrieg gegen Libyen und dem Sturz sowie der Ermordung von Revolutionsführer Obers Muhamma al Ghadaffi im Jahr 2011. Eine Folge davon ist es, dass das nordafrikanische Land heute als feste Basis für den IS und Al Qaida dient. Frankreich war innerhalb der EU diejenige Macht, die sich am vehementesten für Waffenlieferungen an die sogenannte syrische Opposition gegen Präsident Assad stark machte. Eine entschiedene Mitverantwortung der westlichen – imperialistischen – Nahostpolitik am Entstehen und der Ausbreitung des IS und anderer dschihadischer Terrororganisationen ist nicht von der Hand zu weisen. Auch den EU-Regierungen sollten die Erkenntnisse des Pentagon-Geheimdienstes aus dem Jahr 2012 vorgelegen haben, wonach die bewaffneten „Rebellen“ in Syrien mehrheitlich salafistischen Gruppierungen einschließlich al Qaida angehörten und die Bildung eines islamistischen Kalifats im Norden Syriens drohte. Dies sei jedoch im Interesse „unserer Bündnispartner“, der Türkei und der Golfstaaten, da so die Assad-Regierung geschwächt werde, hieß es damals aus Washington. Jetzt ist den westlichen Staaten der auf dem Boden ihrer neokolonialen Nahost-Politik im Irak, Libyen und Syrien entstandene und jahrelang gehätschelte IS über den Kopf gewachsen. Das Frankenstein-Monster hat sich als unberechenbar und unkontrollierbar erwiesen und soll wieder zur Räson gebombt werden. Da EU und NATO zugleich eine Stärkung ihrer Gegner – der syrischen Regierung, des Iran und nicht zuletzt des jetzt aktiv in den Syrien-Krieg eingreifenden Russland – befürchten, blieb das westliche Vorgehen gegen den IS seit über einem Jahr halbherzig und wenig erfolgreich.

Gleichzeitig üben Bundeskanzlerin Angela Merkel, US-Präsident Barack Obama und die anderen westlichen Staats- und Regierungschefs auf dem G20-Gipfel in Antalya den Schulterschluss mit dem türkischen Präsidenten Recep Tayyip Erdogan. Dieser gilt als einer der Hauptunterstützer des dschihadistischen Terrorismus in Syrien. Jahrelang konnten IS, Al Qaida und andere Terrororganisationen die Türkei als sicheres Hinterland nutzen und von dort ihre Angriffe auf syrische Regierungstruppen sowie die kurdischen Selbstverwaltungskantone nutzen. Und weiterhin gibt es Hinweise auf eine aktive Unterstützung der zu Al Qaida gehörenden Al Nusra-Front in Syrien durch die Türkei. Erst letzte Woche sollen aus der Türkei Luft- und Panzerabwehrraketen an diese Terrororganisation bei Aleppo geliefert worden sein. Zudem greift Erdogan zum Kampf gegen die kurdische und linke Opposition im eigenen Land auf Dschihadisten als Truppen fürs „Grobe“ zurück. Bei den Angriffen von Spezialpolizeieinheiten auf kurdische Städte sind arabischsprachige Dschihadisten mit von der Partie und auch von den Attentäter von Suruc und Ankara führen Spuren zur türkischen Regierungspartei AKP. Zusätzlich schwächt Erdogan den Kampf gegen den IS durch die Bombardierung kurdischer Kämpfer im Nordirak und Nordsyrien.

Die Schreckensnachrichten aus Paris überlagerten eine wichtige Erfolgsmeldung: am Freitag gelang es kurdischen Milizen, die Stadt Shengal (Sindschar) im Nordirak vom IS zu befreien. Hier hatte im August 2014 der versuchte Genozid des IS an den Eziden begonnen – tausende Männer wurden ermordet, tausende Frauen und Mädchen versklavt. Die Befreiung Shengals ist bereits die zweite große Niederlage des IS nach der erfolgreichen Verteidigung der syrisch-kurdischen Stadt Kobani im Januar 2015. Möglich wurde die Befreiung Shengals durch eine breite Allianz kurdischer Gruppierungen, von der PKK-Guerilla und den Volks- und Frauenverteidigungseinheiten YPG/YPJ aus Rojava/Nordsyrien über ezidische Selbstverteidigungsgruppen bis hin zu den Peschmerga der irakisch-kurdischen Regionalregierung. Doch weiterhin wird die PKK auf der EU-Terrorliste geführt und in Deutschland als terroristische Vereinigung verfolgt, erst letzte Woche wurde erneut ein kurdischer Politiker in Deutschland verhaftet. Wer die engagiertesten und erfolgreichsten Kämpferinnen und Kämpfer gegen den IS kriminalisiert und gleichzeitig mit dem heimlichen Kalifen Erdogan paktiert, der will den IS nicht ernsthaft bekämpfen.

→

Liberté – Égalité – Fraternité

Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit müssen als Maßstab für ein menschenwürdiges Leben gegen Salafisten, Antisemiten, Rassisten und Faschisten, gegen PEGIDA und und andere reaktionäre Bewegungen verteidigt werden.

Die VVN-BdA spricht den Angehörigen der bei den Anschlägen in Paris Gemordeten ihr tief empfundenes Mitgefühl aus. Auch diese Anschläge machen deutlich, dass die Attentäter Menschenverachtung und Demokratiefeindlichkeit mit jenen teilen, die ihre Taten zum Anlass nehmen, nach einem autoritären Staat zu rufen. Dagegen stehen wir mit Millionen Menschen in Europa für die Verteidigung einer solidarischen Gesellschaft, in der die Errungenschaften der Französischen Revolution, Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit, als Maßstab für eine Gesellschaft gelten, die allen Menschen ein menschenwürdiges Leben ermöglicht. In diesem Sinne kämpfen wir weiter für gleiche Rechte für alle Menschen unabhängig von ihrer Herkunft und für eine Welt des Friedens und der Freiheit, in der Menschen nicht länger gezwungen werden vor Verfolgung, Krieg und Terror, vor gnadenloser Ausplünderung und den Folgen des Klimawandels zu flüchten. Den „Krieg gegen den Terror“ auszuweiten, wie es jetzt immer wieder gefordert und angekündigt wird, ist nicht die Lösung, sondern kann nur zu weiterer Eskalation der Kriege und zu weniger Freiheit führen. Die beste Verteidigung des humanistischen Erbes Europas ist, es für alle Menschen erfahrbar zu machen.

http://www.vvn-bda.de/liberte-egalite-fraternite-2/

Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes – Bund der Antifaschistinnen und Antifaschisten (VVN-BdA) e.V.

Die FIR verurteilt in jeder Form solche Formen von wahnsinnigem Terrorismus

Mit tiefer Erschütterung mussten wir die Mordaktionen von diesem Wochenende in Paris zur Kenntnis nehmen. Nach den bisherigen Informationen wurden bei einer Anschlagsserie mehrere hundert Menschen getötet oder schwer verletzt. An insgesamt fünf Punkten in Paris, u.a. in der Konzerthalle Bataclan und am Stade de France, gab es Schießereien, Morde und Bombenanschläge. Nach dieser Terrorwelle erklärte der französische Präsident den Ausnahmezustand über das Land.

Die FIR verurteilt in jeder Form solche Formen von wahnsinnigem Terrorismus.

Unser Mitgefühl gilt allen Opfern dieser Verbrechen und ihren Angehörigen.

Unsere Solidarität gilt unseren Mitgliedsverbänden und Partnern in Frankreich, die sich seit Jahrzehnten für die Bewahrung der Ideale des Antifaschismus und der Demokratie einsetzen, welche durch solche Verbrechen direkt angegriffen werden.

Unsere Solidarität gilt dem französischen Volk, das sich in seiner übergroßen Mehrheit gegen alle Formen von rassistischer Gewalt – von wem auch immer sie ausgeht – stellt und für ein friedliches Miteinander aller im Land lebenden Menschen eintritt.

Wir trauern mit ihnen und hoffen, dass es allen Demokraten und Antifaschisten in der französischen Gesellschaft gelingt, solchen Verbrechen entgegenzutreten und gleichzeitig die Ideale von Freiheit, Mitmenschlichkeit und Toleranz zu verteidigen.

Dies sehen wir auch als europäische Aufgabe. Dazu werden die FIR und ihre Mitgliedsverbände ihren aktiven Beitrag leisten.

Dr. Ulrich Schneider, Generalsekretär der FIR
Fédération International des Résistants (FIR) – Association Antifasciste
Internet www.fir.at

Kampf gegen den IS, das bedeutet:

- Solidarität mit der nordsyrischen Autonomieregion Rojava und den gegen den IS kämpfenden Volks- und Frauenverteidigungseinheiten YPG/YPJ sowie ihren arabischen und christlichen Verbündeten! Aufhebung des von der Türkei verhängten Embargos gegen Rojava, Schaffung eines humanitären Korridors nach Kobani und materielle Hilfe für den Wiederaufbau!
- Solidarität mit der Allianz kurdischer Kräfte im Nordirak, die Shengal vom IS befreit haben, und Unterstützung der berechtigten Forderung der Ezidinnen und Eziden nach Selbstverwaltung und eigenen Selbstverteidigungskräften!
- Schluss mit der Kollaboration der Bundesregierung mit den Terrorpaten Türkei, Saudi-Arabien und Katar. Erdogan kann kein Partner in der Flüchtlingspolitik, sondern nur in der Abschottungspolitik sein. Schluss mit Waffenlieferungen an die Förderer des Dschihadismus!
- Schluss mit der Kriminalisierung des kurdischen Widerstandes – Aufhebung des PKK-Verbots und Löschung der PKK von der EU-Terrorliste!
- „Ja“ zur Wachsamkeit gegen Dschihadisten und Terrorgefahr – nein zu Grundrechtseinschränkungen und Aufrüstung der Geheimdienste und flüchtlingsfeindlicher Panikmache!
- Solidarität mit Flüchtlingen – Rassismus und Muslimfeindlichkeit entgegentreten!

Ulla Jelpke, MdB
Innenpolitische Sprecherin Fraktion DIE LINKE. ■

allem aber an dessen Hauptstützen (neben der iranischen Diktatur), Wladimir Putin, wie es auch offiziell verkündet wird.

Verschwörungsdreck

Die bereits seit dem 11.09.2001 fast „üblichen“ Verschwörungstheorien – auch wenn sie bei jedem Mal noch übler werden – müssen natürlich auch wieder dabei sein. Manche Irren und geistig Verwirrten mögen sich am Datum (Freitag, der 13. aufhalten, andere hängen sich daran auf, dass der angegriffene Konzertsaal Le Bataclan – jener Ort, wo es die meisten Toten gegeben hat – „ausgerechnet“ am 11. September 2015 verkauft worden sei. Am übelstens ist klar die Verschwörungstheorie, die seit Montag, den 16. November d.J. auf Mailinglisten kursiert und durch das Netzwerk Egalité & réconciliation (E&R, ungefähr „Gleichheit und Aussöhnung“, gemeint ist die nationale Versöhnung) des Berufs-Antisemiten Alain Soral in die Welt gesetzt wurde. Demnach wurde „die jüdische Gemeinschaft vor den Attentaten vorgewarnt“. Die Behauptung bezieht sich auf ein Interview, das der rechtszionistische Aktivist Jonathan-Simon Sellem – politisch eher ein übler Zeitgenosse – am Freitag, den 13.11.2015, einige Stunden vor den Attentaten, in englischer Sprache gegeben hatte. Darin spricht er von Vorwarnungen an die französischen Juden vor Attentaten, die es für den laufenden Tag gegeben habe, an welchem er selbst dennoch ins Flugzeug gestiegen sei. Die Aussage, dass es solche Warnungen gegeben hat, ist plausibel und unterfüttert zugleich keinerlei Verschwörungstheorie.

Dass etwas in der Luft lag, darüber waren die Ermittlungsbehörden aller Wahrscheinlichkeit nach informiert. Am freitagnachmittag (13.11.2015), wenige Stunden vor den Terrorattacken, musste etwa die deutsche Fußballnationalmannschaft ihr Hotel in Paris aufgrund eines Bombenalarms räumen, und am selben Nachmittag wurde der Lyoner Bahnhof (in Paris) wiederum wegen eines Bombenalarms evakuiert. Allgemeine Informationen über bevorstehende Terrorangriffe dürften sich also wohl im Besitz der Behörden befunden haben. Nur waren sie nicht in der Lage, dies zu verhindern.

Ausnahmezustand, Klimakonferenz & Migrantensolidarität

Erste Spontankundgebungen für Trauer und Gedenken konnten ab dem Wochenende des 14../15. November im Prinzip ungehindert stattfinden, auch wenn aufgrund des seit Samstag Null Uhr verhängten Nostands theoretisch ein allgemeines Versammlungsverbot unter freiem Himmel herrscht.

Für andere Arten von Kundgebungen oder Demonstrationen wird dies sicherlich nicht gelten. Gar zu gelegen dürfte es der Regierung kommen, dass dadurch auch ein Großteil der zwischen dem 28./29. November und dem 12. Dezember geplanten Protestaktivitäten „von unten“ rund um den Klimagipfel COP21 zwangsweise ausfallen dürften. Schon v o r den Pariser Attentaten hatte die Regierung eine Wiedereinführung von Grenzkontrollen und Grenzschließungen angekündigt – am Freitag früh (13.11.15), wenige Stunden vor den Attentaten, wurde die Zahl von 30 000 dafür an den Grenzen mobilisierten Polizisten bekannt gegeben – und hatte zahlreichen Aktivist/inn/en aus dem globalen Süden bereits in den letzten Wochen Visa verweigert. Es war allgemein erwartet worden, dass Zehntausende an Demonstrationen, einem Gegengipfel und anderen Aktivitäten (wie Debatten), eine kleinere Zahl wohl auch militanten Aktiönchen teilnehmen dürften. Dies Alles ist nun bedroht.

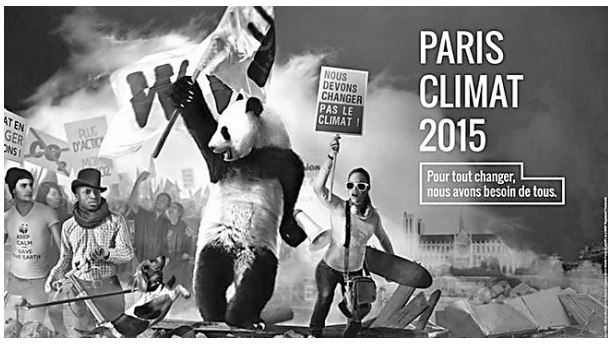
Nachdem am ersten Wochenende nach den Attentaten zunächst über einen Ausfall der internationalen Klimakonferenz spekuliert worden war, kündigte Premierminister Manuel Valls am darauffolgenden Montag, an, diese würde abgehalten, doch „in abgespecktem Format“. Nur die Verhandlungen unter den Staatschefs sollen demnach stattfinden, nicht die zahlreichen „Begleitaktivitäten“, unter dem (bis dahin laut offizieller Planung in den Gipfel integrierten) Foren mit NGOs und zivilgesellschaftlicher Beteiligung. Wie praktisch für die Regierung, wenn solcherart öffentlich geäußerte Kritik ausbleibt, und die Staatschefs unter sich bleiben, wenn sie faktisch über die Zukunft unseres Planeten (oder jedenfalls einige wichtige Aspekte von deren Ausgestaltung) entscheiden…

Inzwischen wurde die Absage aller geplanten Demonstrationen regierungsoffiziell am Mittwoch, den 18. November bestätigt. Nicht alle Träger des geplanten Protests wollen sich daran halten. Viele von ihnen verweisen darauf, die Regierung wollen Demonstrationen wegen potenzieller Gefährdung ihrer Teilnehmer/innen durch eventuelle Attacken untersagen, unterbinde aber etwa die Öffnung von Einkaufszentren oder Riesenkinos – in denen die Menschen bei einem Angriff sehr viel mehr in der Falle sitzen würden, als bei Versammlungen unter freiem Himmel – in keiner Weise.

Am Sonntag, den 22. November 2015 fand eine Demonstration zum Thema Migranten-Solidarität im Rahmen der „Refugee Welcomes“-Bewegung, welche seit mehreren Wochen geplant war, trotz Verbots dennoch statt. Gekommen waren allerdings nur zwischen 500 und 1000 Menschen. Rund die Hälfte von ihnen brach zu einem Demonstrationszug von der Place de la République zur Place de la Bastille auf, was die Polizei zunächst unter Einsatz von Tränengas zu verhindern versuchte, während die andere Hälfte auf dem Platz der Auftaktversammlung blieb. Am Montag, den 23. November 2015 wurde bekannt, die Polizei habe der Staatsanwaltschaft die Namen von 58 an Auseinandersetzungen beteiligten und/oder Personalienfeststellungen unterzogenen Individuen übergeben, zwecks Strafverfolgung wegen Teilnahme an einer illegalen Demonstration.

Die Verhängung des Notstands basiert auf einem Gesetz vom 3. April 1955, das also während des Algerienkriegs verabschiedet worden war. Es sollte damals sowohl erlauben, die „Heimatfront“ im Kolonialkrieg zu stabilisieren, also auch in den darauffolgenden Jahren Rechtsputsche aus dem Militär (von dem Teile gegen den schließlich beschlossenen Rückzug aus Algerien meuterten) abwehren helfen. In jüngerer Vergangenheit wurde von den Notstandsgesetzen 1984 in der französischen de facto Noch-Kolonie Neukaledonien im Westpazifik, und im November 2005 anlässlich der Revolten in einigen französischen Trabantenstädten (banlieues) in Kraft gesetzt.

Nun wird, erstmals seit dem Jahr 1961, wieder auf dem gesamten Staatsgebiet beinahe (europäisches Festlandfrankreich plus Korsika zuzüglich Überseegebiete) wieder von dem Notstandsgesetz Gebrauch gemacht. Auf seiner Grundlage kann der Notstand durch Beschluss der Exekutive für eine Periode von bis zu zwölf Tagen verhängt werden, ab dem Ablauf der zwölftätigen Dauer ist eine gesetzliche Basis durch Verabschiedung eines speziellen Sondergesetzes erforderlich. Letzteres kann für eine Dauer von drei Monaten Anwendug finden. Am vergangenen Donnerstag und Freitag (19. und 20. November 2015) wurde es in beiden Kammern des französischen Parlaments, Nationalversammlung und Senat, verabschiedet. Noch bevor es angenommen wurde, kündigte Staatspräsident Hollande jedoch an, er wolle weitergehen und künftig einen



neuen Notstandsartikel in die Verfassung aufnehmen – bislang ist der Notstand allein durch einfaches Gesetzes geregelt, mit Ausnahme des (noch eine Stufe höher angesiedelten) Kriegszustands –, und zwar o h n e zeitliche Befristung.

Da das nächste französische Staatsoberhaupt ab 2017 kein sozialdemokratisches sein dürfte, sondern ein konservatives – oder auch rechtsextremes, darf man zugleich die schlimmsten Befürchtungen hegen, wenn Hollande ihnen nun bereits weitreichende Sondervollmachten in die Hand legt.

François Hollande will zudem „radikalisierten" Personen, die die doppelte Staatsbürgerschaft besitzen, künftig – infolge einer Gesetzesänderung – ihre französische Staatsangehörigkeit entziehen können. Eine alte und überwiegend ideologisch motivierte Foderung der Rechten aller Couleur, das vor allem eine Grenze zwischen „Uns" und „Ihnen" markieren soll, jedoch absolut nichts an der Gefährlichkeit von jihadistischen Zellen ändern wird. Die Forderung nach dem Entzug der Staatsbürgerschaft etwa für bestimmte Straftätergruppen kommt seit langem vom Front National und wurde 2010, in seiner „Rede von Grenoble" infolge einer (rein kriminell und nicht ideologisch motivierten) Schießerei in dieser Stadt, vom damaligen konservativen Präsidenten Nicolas Sarkozy erstmals aufgegriffen. Aufgrund juristischer Komplikationen und innerer Streitigkeiten wurden die Pläne damals nicht durch die regierenden Konservativen nicht weiterverfolgt.

Lediglich in eng begrenzten Fällen, infolge schwerster Straftaten, und nur für französische Staatsbürger, die ihre Staatsangehörigkeit freiwillig erwarben – sowie innerhalb der ersten zehn Jahre nach deren Erwerb – ist ein solcher Entzug bislang gesetzlich zulässig. Die 2010 unter den Konservativen geplante Verschärfung wurde damals aufgegeben. Nunmehr will die amtierende Regierung jedoch eine neue Regelung, die auf alle Doppelstaatsangehörigen anwendbar wäre, egal ob sie die franzôsische Staatsbürgerschaft qua Geburt oder später mittels einer freiwilligen Entscheidung erhielten. Auf nur-französische „Alleinstaatsbürger" hingegen ist eine solche Regelung grundsätzlich nicht anwendbar, da die Regeln des internationalen Rechts es verbieten, Staatenlose zu „erzeugen". Ihnen will Manuel Valls dagegen einen Visazwang für die Wiedereinreise nach Frankreich auferlegen, falls sie in Syrien oder im Iraq als jihadistische Kombattanten unterwegs waren. Auch dies dürfte – juristisch betrachtet – unrealistisch sein, da die Europäische Menschenrechtskonvention es ausdRücklich verbietet, einer Person die Einreise in dasjenige Land zu untersagen, dessen Staatsbürgerschaft sie besitzt. Und warum sollten andere Staaten die Jihadisten unbedingt bei sich behalten wollen?

Konkrete Auswirkungen hätte die Maßnahme zwar wohl kaum, denn wie sollte ein Entzug der Staatsangehörigkeit Menschen abschrecken, die – wie die Selbstmordattentäter am Pariser Stadion – bereit oder gar entschlossen sind, ihr eigenes Leben zu opfern? In erster Linie soll ein solches Vorhaben Franzosen ausländischer Herkunft signalisieren, dass sie nie vollständig dazugehören werden, sondern ihre Nationalität unter Widerrufsvorbehalt steht.

Rassistische Tiraden

„Natürlich" ist ebenfalls damit zu rechnen, dass Rassismus und Abwehrwünsche gegen Migranten und Geflüchtete ebenfalls durch die aktuelle Debatte befeuert werden. Nahrung erhält sie sicherlich auch durch das Gerücht, wonach der syrische Reisepass eines der Attentäter in der Nähe des Fußballnationalstadions aufgefunden worden sei. Die britische Presse und Experten erklärten ihn im Laufe des Wochenendes nach den Attentaten zu einer möglichen Fälschung. Dies ist derzeit noch unklar, fest dürfte hingegen stehen, dass der so genannte Islamische Staat den Pass (ob echt oder unecht) aus absichtlicher Provokation dort hinterlegt haben könnte. Anfang September 2015 hatte der IS versucht, im Zuge der aktuellen Migrationswelle den Menschen aus Syrien die Flucht nach Europa zu untersagen – eine solche Auswanderung in einen nicht-islamischen Sündenhort sei Verrat und „eine schwere Sünde". Inzwischen hat der IS am Dienstag, den 17. November die sich in Europa befindlichen Syrer ultimativ zum Verlassen des Kontinents aufgefordert. Am Ende der Woche wurde bekannt, dass inzwischen die Fingerabdrücke von dreien der getöteten Attentäter in Griechenland wiedergefunden worden seien, wo einige der Jihadisten sich anscheinend im Spätsommer oder Frühherbst unter den Zustrom der aus Syrien Geflüchteten mischten. Allerdings bedeutet dies nicht, dass es sich um Syrienflüchtlinge handelte, ebenso gut können Jihadisten französischer oder belgischer Herkunft (diese stellen jedenfalls eine deutliche Mehrheit der Attentäter) eingeschleust worden sein.

Selbstverständlich ist damit zu rechnen, dass der IS dadurch, objektiv oder auch absolut gewollt, den antidemokratischen Kräften, Rassisten und Faschisten anderswo in Europa quasi in die Hände arbeitet. Die neue, national-reaktionäre Regierung in Polen beispielsweise – frisch gewählt – hat bereits angekündigt, die bescheidenen Pläne für die EU-weite Umverteilung von Geflüchteten für ihr Land auszusetzen, unter Berufung auf die Pariser Attentate und Terrorgefahr. In ein ähnliches Horn bliesen unterdessen auch die CSU in Deutschland, der slowakische Premierminister….

Extreme Rechte

Am Samstag, den 14. November 2015 wurden bei ersten spontanen (und polizeilich geduldeten) Solidaritätskundgebungen im nordfranzösischen Lille und in Metz/Lothringen rechtsextreme Aktivisten u.a. von der „identitären" Bewegung gesichtet, die jedoch durch die Menge ebenfalls spontan verjagt wurden. Nicht überall, so ist zu befürchten, steht die Massenstimmung ihnen allerdings derart eindeutig entgegen. In Pontivy in der Bretagne fand am selben Wochenende eine, seit längerem geplante, Anti-Migranten-Demonstration in aufgeheizter Atmosphäre und mit gewalttätigen Übergriffen statt.

Während im Januar 2015, nach den Attentaten auf die Zeitungsredaktion von ‚Charlie Hebdo' und eine koscheren Supermarkt an der Pariser Porte de Vincennes, eher eine Konsens- und Schulterschlussstimmung unter den etablierten politischen Kräften herrschte (mit einem Sonderstatus für den Front National, den man nur halb mitspielen ließ), ist derzeit eher Übersteigerung und Übertrumpfen im politischen Diskurs angesagt. Schlussendlich zog Marine Le Pen es im Januar 2015 vor, der zentralen Pariser Demonstration fernzubleiben, wohl weil sie Unmutsäußerungen gegen ihre Präsenz fürchtete, und in der FN-regierten Kleinstadt Beaucaire mit wenigen hundert Leuten zu demonstrieren. Die derzeitige Situation wiederholt die damalige Situation nicht.

Seit den ersten Stunden nach den Attentaten attackieren sowohl Konservative wie Rechtsextreme die. Sowohl die Konservativen unter ihrem Parteichef, Ex-Präsident Nicolas Sarkozy, als auch die parlamentarisch orientierten Neofaschisten unter Marine Le Pen schossen sich schon ab den ersten Stunden nach den Attentaten auf die amtierende Regierung ein: zu laxe Sicherheitspolitik, zu viele Migranten ins Land gelassen. Mit weiteren Radikalisierungen im politischen Diskurs ist deswegen zu rechnen.

Nach den Ankündigungen von François Hollande, betreffend die Möglichkeiten zum Staatsbürgerschaftsentzug sowie zum künftig unbefristet möglichen Rückgriff auf den Notstand, schwenkte Marine Le Pen zunächst auf eine „konstruktive" Linie um. Am Dienstag, den 17. November erklärte die Spitze des Front National, die Regierung sei ja nun einige Schritte in die richtige Richtung gegangen – auch dank des eigenen Drucks. Drei Tage später aber radikalisierte Marine Le Pen ihre Positionen erneut und ging auf dem Gebiet der Migrationspolitik wieder zum Angriff über. Dieses Mal forderte sie die umgehende Abschiebung auch von im Asylverfahren steckenden Geflüchteten.

Bernard Schmid, Paris ■

Chronik flüchtlingsfeindlicher Vorfälle 2015

Die gemeinsame Chronik von der Amadeu Antonio Stiftung und PRO ASYL dokumentiert Übergriffe und Demonstrationen gegen Flüchtlinge und ihre Unterkünfte des laufenden Kalenderjahres. Die Datengrundlage der Chronik sind öffentlich zugängliche Berichte in Zeitungsartikeln sowie eigene Recherchen in sozialen Netzwerken. Ergänzend werden Fälle aufgenommen, die von lokalen Initiativen sowie von Register- und Beratungsstellen für Opfer rechter, rassistischer und antisemitischer Gewalt gemeldet wurden.

Quelle: www.mut-gegen-rechte-gewalt.de

Eine weitere Chronik von gewalttätigen Übergriffen auf Flüchtlinge findet sich unter www.vice.com.

Quelle: Flüchtlingsrat Nordrhein-Westfalen 11_2015 ■

Rot-grüne Regierung: Abschaffung der Bargeldleistungen

Bürokratieaufbau anstatt pragmatischer Flüchtlingspolitik

Anders als Niedersachsen, Rheinland-Pfalz, Bremen und Schleswig-Holstein plant die Baden-Württembergische Landesregierung einen weiteren Einschnitt in das Leben geflüchteter Menschen. Die Entscheidung, ob Geld- oder Sachleistungen gewährt werden, liegt nach §3 AsylbLG bei den Bundesländern. Baden-Württemberg hat sich nun gegen Bargeldleistungen entschieden, und führt eine sogenannte Geldwertkarte für BewohnerInnen der Landeserstaufnahmestellen (LEA) ein. Laut Informationen der Südwestpresse sollen damit Menschen, die in LEAs leben, in Zukunft kein Bargeld mehr erhalten.

Quelle: http://fluechtlingsrat-bw.de 17.11.2015 ■

Nächste Abschiebungen aus Baden-Württemberg

Freiburger Forum gibt Hinweise wie gegen Abschiebungen protestiert werden kann.

Baden-Württemberg schiebt weiterhin regelmäßig ab und plant Abschiebungen in die sogenannten „sichere Herkunftsstaaten" im Wochenturnus.

Am 17.11. wurden 96 Menschen vom Baden-Airpark per Charterflug nach Pristina abgeschoben. Unter den Abgeschobenen waren 38 Kinder (35 jünger als 14 Jahre und drei Kleinkinder jünger als zwei Jahre).

Parallel dazu finden regelmäßige Abschiebungen per Linienmaschinen statt (24 Menschen allein vom 2.-6. November). Für die letzte Woche konnten wir bisher noch keine Informationen vom Regierungspräsidium Karlsruhe erhalten.

Das Freiburger Forum berichtet im Artikel „Abschiebung trennt schwangere Frau vom Vater des Kindes" eindrücklich von einer dieser Abschiebungen. In diesem Fall wurde eine sechsköpfige Familie durch ein großes Polizeiaufgebot von 20-30 PolizistInnen nachts geweckt und direkt zum Flughafen gebracht.

Das Freiburger Forum ruft dazu auf, Abschiebungen nicht einfach hinzunehmen und gibt Hinweise wie gegen diese protestiert werden kann.

Quelle: http://fluechtlingsrat-bw.de 18.11.2015 ■

Demo gegen Abschiebung nach Afghanistan

HANNOVER: Etwa 100 Demonstrant_innen protestierten am Freitag in der Innenstadt von Hannover gegen die mögliche Abschiebung von afghanischen Flüchtlingen in ihre Heimat. Bundesinnenminister Thomas De Maziere hatte Ende Oktober öffentlich darüber räsonniert, dass auch Flüchtlinge Afghanistan abgeschoben werden sollen, wenn sie aus einer „sicheren Region" des Landes stammen. Gegen dieses Vorhaben haben nicht nur Menschenrechts- und Hilfsorganisationen protestiert, auch das Auswärtige Amt hat kritisch Stellung bezogen.

Seit 2005 werden afghanische Flüchtlinge aufgrund der desolaten Verhältnisse in dem Land nicht abgeschoben. Etwa 7000 afghanische Flüchtlinge leben, z.T. schon viele Jahre, mit einer „Duldung" in Deutschland. Im März 2015 hatte der Flüchtlingsrat die Landesregierung vergeblich aufgefordert, den Betroffenen endlich Aufenthaltserlaubnisse zu erteilen, statt ihnen jahrelang ein Leben mit Duldung zuzumuten.

Quelle: Flüchtlingsrat Niedersachsen 15.11.2015 ■

Bundesregierung verlängert Afghanistan-Einsatz

PRO ASYL: Sicherheitslage katastrophal – Afghanische Flüchtlinge nicht verunsichern

Die Bundesregierung hat gestern eine Verlängerung des Bundeswehreinsatzes in Afghanistan und eine Aufstockung der deutschen Truppen auf 980 Soldaten (plus 130) beschlossen. Als Reaktion auf die sich rapide verschlechternde Sicherheitslage dürfte die Personalaufstockung einer Mission, die sich auf Ausbildung und Beratung der afghanischen Sicherheitskräfte konzentriert, kaum Wirkung zeigen. In der afghanischen Bevölkerung haben die Erfolge der Taliban, das Auftauchen von IS-Kräften und insbesondere die zeitweilige Besetzung der Stadt Kunduz – ehemals Standort eines großen Bundeswehrfeldlagers – Verunsicherung und Angst ausgelöst und die Zahlen derer, die auf der Suche nach Schutz Afghanistan verlassen, in die Höhe getrieben. Vor diesem Hintergrund fordert PRO ASYL die Bundesregierung auf, von der Idee verstärkter Abschiebungen nach Afghanistan sofort Abstand zu nehmen. Die innerdeutsche Diskussion hat bereits jetzt dazu geführt, dass viele Afghanen sich in Torschlusspanik auf den gefährlichen Weg machen, jetzt in größerer Zahl mit ihren Familienangehörigen.

Nachhaltige Sicherheit in Afghanistan gibt es nicht. Der aktuelle Lagebericht des Auswärtigen Amtes zur asyl- und abschieberelevanten Lage ist – diplomatisch zwar ein wenig verbrämt – ein düsteres Zeugnis. Dort heißt es: „Die afghanischen Sicherheitskräfte (ANDSF), die seit Januar 2015 erstmals die volle Verantwortung für die Sicherheit des Landes übernahmen, haben es geschafft, das Patt mit der Insurgenz aufrecht zu erhalten." Auf Deutsch: Es gibt angeblich eine Art Unentschieden zwischen Sicherheitskräften, Taliban und anderen Aufständischen. Fußball-Deutsch statt Diplomatisch-Deutsch gesprochen wäre das wohl deutlicher: Die Null steht noch.

Absurderweise verkauft der Bericht es als Erfolg, dass es den Insurgenten nicht gelungen sei, größere Provinz- und Distriktzentren einzunehmen und dauerhaft zu halten. Die mehrtägige Besetzung der Provinzhauptstadt Kunduz durch die Taliban wird dementsprechend zu einer Bagatelle abgewertet. Das sieht die afghanische Bevölkerung ganz anders. Die erstmalige Besetzung einer Provinzhauptstadt ist von hoher symbolischer Bedeutung für die Taliban, die dies weidlich medial ausgeschlachtet haben und auf eine weitere Besetzung der Stadt nicht angewiesen sind. Eine von Präsident Ghani eingesetzte Untersuchungskommission habe ein Fehlverhalten der Führungseliten von Armee, Polizei und Geheimdienst festgestellt, zeige aber den Willen, zu verhindern, dass sich der Fall Kunduz wiederhole. Das ist die aktuelle Hoffnung, wie sie aus dem Bunker der deutschen Botschaft in Kabul heraus – den deutsche Diplomaten wohl kaum noch verlassen – präsentiert wird. Das Anschlussmandat der großen Partnerstaaten werde zu „einer Steigerung der Einsatzfähigkeit der afghanischen Sicherheitskräfte und somit mittel- bis langfristig zu einer Stabilisierung der Sicherheitslage beitragen." Gesundbeterei als deutscher Beitrag zur Nato-Strategie.

Immerhin: Hingewiesen wird auch auf die höchste Zahl ziviler Opfer in den letzten Jahren und die gewandelte Stimmung in der Bevölkerung: „Zukunftsängste und

Unsicherheit hinsichtlich der wirtschaftlichen und sicherheitspolitischen Entwicklung des Landes sind jedoch in der Bevölkerung weit verbreitet.“ Auch heißt es an anderer Stelle, die zeitweise Einnahme von Distrikten in verschiedenen Provinzen Afghanistans und nicht zuletzt die Besetzung der Provinzhauptstadt Kunduz habe die Zahl der Binnenflüchtlinge weiter erhöht. In diese Situation hinein mehr Abschiebungen – das wäre absurd.

Quelle: Presseerklärung PRO ASYL (gekürzt) 19.11.2015 ■

Zweierlei Maß bei Sicherheitslage in Afghanistan

„Um Abschiebungen nach Afghanistan zu rechtfertigen, biegt sich die Bundesregierung die Realität zurecht, wie es ihr gerade passt“, sagt Ulla Jelpke, innenpolitische Sprecherin der Fraktion DIE LINKE, mit Blick auf die Äußerungen der Bundesverteidigungsministerin, denen zufolge in den afghanischen Städten ein „weitgehend normales Leben“ möglich sei. Jelpke weiter:

„Erst Ende September haben die Taliban vorübergehend Kundus besetzt. Die Bagatellisierung des faktischen Kriegszustandes in Afghanistan steht in krassem Widerspruch zu offiziellen Einschätzungen des Auswärtigen Amtes. Das warnt nämlich dringend vor Reisen nach Afghanistan. Der Aufenthalt in weiten Teilen des Landes sei gefährlich und jeder längerfristige Aufenthalt mit zusätzlichen Risiken behaftet. In ganz Afghanistan bestehe ein hohes Risiko, Opfer einer Entführung oder eines Gewaltverbrechens zu werden. Und die Bedrohung wachse ‚rasant‘. Genau aus diesem Grund ist ja auch eine Aufstockung des Bundeswehrkontingents am Hindukusch geplant. Wo also sind die angeblich sicheren Zonen und wo das weitgehend normale Leben? Der westliche Militäreinsatz hat nur dazu beigetragen, die Lage in Afghanistan zu verschlimmern. In dieses zerstörte Land dürfen Schutzsuchende jetzt nicht einfach abgeschoben werden.“

Quelle: http://www.ulla-jelpke.de 13.11.2015 ■

Flüchtlinge nicht krimineller als andere

Ein neuer Lagebericht des Bundeskriminalamtes belegt: Die hohen Flüchtlingszahlen haben nicht zu einem Anstieg der Kriminalität geführt. Der Großteil der Flüchtlinge begehe überhaupt keine Straftaten.

Die hohen Flüchtlingszahlen haben nicht zu einem überproportionalen Anstieg der Kriminalität geführt. Das geht aus einem neuen Lagebericht des Bundeskriminalamtes (BKA) hervor, wie Bundesinnenminister Thomas de Maizière (CDU) am Freitag mitteilte. „Insgesamt zeigen uns die derzeit verfügbaren Tendenzaussagen, dass Flüchtlinge im Durchschnitt genauso wenig oder oft straffällig werden wie Vergleichsgruppen der hiesigen Bevölkerung“, erklärte der Minister in Berlin. „Der Großteil von ihnen begeht keine Straftaten, sie suchen vielmehr in Deutschland Schutz und Frieden.“

Der Bericht erfasse die Straftaten von Januar bis September und sei erstellt worden, um belastbare Informationen über die Kriminalität von Zuwanderern zu gewinnen. „Damit Extremisten nicht mit Gerüchten und Halbwahrheiten Stimmung machen, müssen wir ihnen Fakten entgegenhalten“, erklärte de Maizière. Zwar sei insgesamt die Gesamtzahl der Straftaten gestiegen. Dies sei aber nicht überraschend, da auch mehr Menschen in Deutschland leben.

Unter den Straftaten, die von Zuwanderern begangen wurden, machen laut BKA-Bericht Vermögens-, Fälschungs- und Diebstahldelikte mit 67 Prozent den Hauptanteil aus. Der Anteil der Sexualstraftaten liege bei unter einem Prozent. Stark zugenommen hätten Straftaten in Erstaufnahmeeinrichtungen. Grund dafür könnte die starke Belegung der Unterkünfte sein. Flüchtlinge selbst seien durch „Rohheitsdelikte“ und Diebstahl bedroht.

Quelle: http://www.migazin.de 16.11.2015 ■

Sprachkurse sind unbedingt notwendig und dürfen keine Belastung sein

„Das ist reine Schikane, kontraproduktiv und zudem verfassungswidrig. Damit wird auch Schäuble zum Integrationshindernis“, kritisiert die innenpolitische Sprecherin der Fraktion DIE LINKE, Ulla Jelpke, die Forderung von Bundesfinanzminister Wolfgang Schäuble, Flüchtlinge zu einem Kostenbeitrag von 36 Euro im Monat für den Besuch von Sprachkursen zu verpflichten. Die Koalition hatte bisher von einem eher symbolischen Preis von 1,39 Euro monatlich gesprochen. „Sprachkurse dürfen nicht als Bestrafung und auch nicht als Einschränkung des Existenzminimums daherkommen.“ Jelpke weiter:

„Gerade erst wurde durch eine Gesetzesänderung Asylsuchenden der Zugang zu Sprachkursen ermöglicht – jetzt werden Asylsuchende von einer Teilnahme abgeschreckt, da sie über ein Viertel ihres sogenannten Taschengeldes dafür aufwenden müssten. Die Teilnahme am Sprachkurs und die Teilnahme am gesellschaftlichen Leben dürfen nicht gegeneinander ausgespielt werden. Das eine ist vielmehr Bedingung für das andere.

Bei anerkannten Flüchtlingen wiederum, die zur Teilnahme an Sprach- und Integrationskursen verpflichtet werden können, verletzen Schäubles Pläne zudem die Verfassung. Denn bei der Festlegung der Leistungen nach dem Sozialgesetzbuch ist der Besuch von Sprachkursen nicht eingerechnet worden. Werden diese nachträglich angerechnet, wird damit zwangsläufig das Grundrecht auf Gewährleistung des soziokulturellen Existenzminimums verletzt.

An einem raschen Erwerb deutscher Sprachkenntnisse haben sowohl die Flüchtlinge selbst als auch die deutsche Gesellschaft ein viel zu großes Interesse, als dass es gerechtfertigt wäre, die Kurse als Belastung auszugestalten.“

Quelle: http://www.ulla-jelpke.de 18.11.2015 ■

Anti-Asylgesetzgebung geht weiter

„Die Bundesregierung verdreht das Asylrecht vollends zum Anti-Asylrecht. Aus Asylverfahren werden reine Willkürakte. Von Rechtsstaatlichkeit kann angesichts der Vielzahl unbestimmter Rechtsbegriffe und vager Formulierungen keine Rede mehr sein. Investiert wird nur in die Abschottung und Abschiebung, nicht in die Aufnahme oder Integration schutzsuchender Menschen“, erklärt Ulla Jelpke, innenpolitische Sprecherin der Fraktion DIE LINKE, mit Blick auf den Referentenentwurf des Bundesinnenministeriums zum Asylrecht. „Der Innenminister versucht sein Versagen bei der Organisation von rechtsstaatlichen Asylverfahren in angemessenen Zeitrahmen durch nahezu schrankenlose Schnellverfahren zu kompensieren und die von der Union angestrebte Flüchtlingsobergrenze durch Massenabschiebungen zu erreichen.“ Jelpke weiter:

„Standen bislang bestimmte Flüchtlingsgruppen im Fokus der Abschottungspolitik der Bundesregierung, so sind nun potentiell alle Schutzsuchenden von den Verschärfungen betroffen. Die Ausnahme wird zur Regel. Das sogenannte beschleunigte Asylverfahren wird auf einen weitaus größeren Personenkreis Anwendung finden als zunächst behauptet. Fehlen die notwendigen Ausweispapiere, ist es schwer festzustellen, ob diese verloren oder gar nicht erst besessen oder beiseite geschafft wurden. Für die sogenannte Rückführung sollen bei Verdacht auf Beiseiteschaffung zukünftig problemlos neue Dokumente ausgestellt werden – beim Familiennachzug zeigten sich die Behörden im Hinblick auf Ersatzpapiere bislang weit weniger kooperativ.

Anstatt in Aufnahme und Integration der Schutzsuchenden zu investieren, will die Bundesregierung nun die Flüchtlinge indirekt für die desolate Aufnahme- und Versorgungssituation bezahlen lassen – indem sie den Familiennachzug massiv einschränkt und eine verschärfte Residenzpflicht verordnet. Verstöße gegen

Bleiberecht für ALLE!

Junge Flüchtlinge protestieren bei der Innenministerkonferenz in Rheinland Pfalz

02.12.2015 Demonstration | Hauptbahnhof Koblenz | 17:00 Uhr

Wer bleiben will soll bleiben

10 JAHRE BOCK AUF JOG

Seit zehn Jahren organisieren wir als Jugendliche ohne Grenzen bundesweit politische Aktionen, Kampagnen und Öffentlichkeitsarbeit. Wir bieten jungen Flüchtlingen eine Plattform, um sich auszutauschen, sich über die eigenen Rechte bewusst zu werden, sich zu organisieren und aktiv zu werden. Doch noch immer sind viele Kinder und jugendliche und erwachsene Flüchtlinge von der Abschiebung bedroht.

Noch immer hält die deutsche Politik an Abschreckung und Ausgrenzung fest. Verbesserungen im Bereich der Asylpolitik, die hart erkämpft wurden, sollen zunichte gemacht werden. Denn während die Hilfsbereitschaft der Bevölkerung von der Bundesregierung einerseits hoch gelobt wird, werden andererseits weitreichende Asylrechtsverschärfungen von der Regierungskoalition beschlossen und von den Bundesländern abgesegnet.

Während tausende Ehrenamtliche sich darum bemühen, Flüchtlingen die Teilhabe am gesellschaftlichen Leben zu ermöglichen, die Sprache zu vermitteln und Schutzsuchende willkommen zu heißen, hat die Regierungskoalition ein großangelegtes Desintegrationsprogramm beschlossen

Programm, Flyer und Poster hier: http://jogspace.net/
Quelle: http://www.fluechtlingsrat-hamburg.de/

---

diese sollen völlig unverhältnismäßig mit der Einstellung des Asylverfahrens sanktioniert werden – das heißt ein Schritt über die Bezirksgrenze kann für den Betroffenen bereits die Versagung des Asylrechts und die Abschiebung bedeuten. Das ist eine unmenschliche und grausame Politik mit fatalen Folgen für die Flüchtlingspolitik und die Menschen, die bei uns Schutz suchen."

Quelle: http://www.ulla-jelpke.de
19.11.2015 ■

IG Metall für eine solidarische Flüchtlingspolitik

23. Ordentlicher Gewerkschaftstag der IG Metall im Zeichen der Flüchtlingssituation

Jürgen Kerner, Hauptkassierer der IG Metall im Bundesvorstand (l.), der Vorsitzende des Kumpelvereins, Giovanni Pollice, und Hans Jürgen Urban, Mitglied des IG Metall-Vorstandes.

Rund 500 Delegierte der IG Metall kamen vom 18. bis 24. Oktober in Frankfurt am Main zusammen, um unter dem Motto „Gute Arbeit. Gutes Leben. IG Metall" über die zukünftige Ausrichtung ihrer Gewerkschaft zu befinden. Mit dabei war auch der Kumpelverein, vertreten durch den Vorsitzenden Giovanni Pollice, Geschäftsführerin Klaudia Tietze sowie den Referenten Mark Haarfeldt. Am Info-Stand und am Rande des Gewerkschaftstages fanden gute Gespräche statt und viele Kolleginnen und Kollegen der IG Metall unterstützen seitdem den Kumpelverein als neue Fördermitglieder.

Ganz explizit und offiziell sprach sich der Gewerkschaftstag in seinen gesellschaftspolitischen Entschließungen dafür aus, im Kampf gegen Rechtsextremismus die Aktivitäten des Kumpelvereins zu unterstützen. Neben den betriebs- und industriepolitischen Forderungen, wie beispielsweise den Kampf gegen den Missbrauch von Werkverträgen zu verstärken, stand der 23. Gewerkschaftstag vor allem im Zeichen der aktuellen Flüchtlingssituation. In der von den Delegierten gleich zu Beginn beschlossenen Erklärung zur Flüchtlingspolitik sprachen diese sich dafür aus, Flüchtlingen einen schnellen Zugang zu Bildung und Arbeit zu ermöglichen. Dies sei eine wichtige Voraussetzung für die Integration. Dabei dürfe es allerdings nicht zu einem Verdrängungswettbewerb kommen – Perspektiven und Sicherheit am Arbeitsmarkt müssten für alle gelten. Ganz klar positionierte sich die IG Metall gegen die Aufweichung des Mindestlohns. Damit die Herausforderungen gemeistert werden könnten, bräuchten die Kommunen strukturell mehr Unterstützung. Das Asylsystem müsse entlastet werden, heißt es in der Erklärung weiter, deshalb bräuchte man dringend ein allumfassendes Einwanderungsgesetz. Flankierend zur einer nachhaltigen Flüchtlings- und Integrationspolitik müsse dem Rechtspopulismus von Pegida und AfD entschieden entgegengetreten werden: „Alle demokratischen Kräfte müssen sich entschieden gegen Rechtspopulismus, Ressentiments und Gewalt stellen sowie gegen alle Versuche, die Flüchtlingskrise zu instrumentalisieren."

Auf dem Gewerkschaftstag gab es auch personalpolitische Neuerungen: Die Delegierten wählten Jörg Hofmann zum neuen Ersten Vorsitzenden sowie das Fördermitglied der „Gelben Hand", Christiane Benner zur Zweiten Vorsitzenden. An dieser Stelle sagen wir: Herzlichen Glückwunsch! „Der Neue" zeigte sofort klare Kante. In einem Interview machte Hofmann deutlich welche Konsequenzen rassistische Hetze im Netz für den Arbeitnehmer haben sollte: „Wer hetzt – fliegt!", so der neue IG Metall-Chef.

Quelle: http://www.gelbehand.de
16.11.2015 ■

DGB Thüringen initiiert Bündnis gegen Rassismus

Jede Woche mobilisiert die offen rechtspopulistische AfD in Erfurt mehrere tausend Menschen, um gegen Flüchtlinge, den Islam, die Politik, die Medien und Andersdenkende zu hetzen. Und das nicht nur verbal: Es gab gewaltsame Übergriffe auf friedliche Gegendemonstranten, unter anderem auf Gewerkschafter wie den DGB-Vorsitzenden in Thüringen, Sandro Witt. Der wollte sich das nicht länger anschauen und initiierte ein breites Bündnis gegen die rechte Stimmungsmache: „Nach den heftigen Angriffen auf uns durch Neonazis auf der Demo des AfD-Chefs Björn Höcke, und der bitteren Erkenntnis, dass der Staat nicht in der Lage ist, uns ausreichend zu schützen, habe ich für mich entschieden, dass wir das gesamtgesellschaftlich thematisieren müssen."

Witt lud zu einem Treffen im Landtag und es kamen zahlreiche Organisationen, die sich mit ihm engagieren wollen: Von den Arbeitgebern über die Sozialverbände bis zu den Gewerkschaften, dem Beamtenbund, den Kirchen und der Jüdischen

Landesgemeinde sowie den demokratischen Parteien im Thüringer Landtag waren alle mit dabei. Dem Bündnis „Mitmenschlich in Thüringen“ gehören mittlerweile 220 Partnerorganisationenan. Ziel sei es, so Witt, in den nächsten Jahren ein starkes gesellschaftliches Bündnis zu etablieren und sich gemeinsam auf vielen Wegen für Mitmenschlichkeit einzusetzen. Am 9. November fand eine große politische Veranstaltung des Bündnisses in Erfurt statt, an der rund 6000 Menschen teilnahmen. Das Datum, in mehrfacher Hinsicht ein Schicksalstag der deutschen Geschichte, war symbolisch bewusst gewählt. Sandro Witt will einen breiten demokratischen Gegenpol zu Ausgrenzung, Rassismus und Rechtsextremismus schaffen: „Wir wollen einen Kontrapunkt zur aktuellen menschlichen Kälte. Und wir wollten an diesem historischen Datum ein großes Zeichen der Mitmenschlichkeit setzen.“ Das ist dem Bündnis gelungen. Auf der Bühne kamen Vertreter der Religionen, ehrenamtliche Helfer, die Zivilgesellschaft und die Sozialpartner, sowie die höchsten politischen Vertreter Thüringens zu Wort. Das ist Zeichen für einen breiten demokratischen Konsens: Für Mitmenschlichkeit, gegen Rassismus.

Quelle: http://www.gelbehand.de 16.11.2015 ■

Abschiebungen in Bochum: Viel mehr, viel brutaler

In einer Pressekonferenz hat die Stadt die Bochumer Presse heute darauf vorbereitet, dass sie zukünftig deutlich mehr und noch deutlich brutaler Abschiebungen durchsetzen will. Größere Polizeieinsätze gegen Flüchtlinge sollen demnach die Regel werden. Im vergangenen Jahr gab es in Bochum insgesamt 52 Abschiebungen. Jetzt teilt die Stadt mit, dass nach der jüngsten Asylrechtsverschärfung alleine 800 Schutzsuchende aus angeblich „sicheren Herkunftsländern“ in Bochum untergebracht seien. Deren „Ausreise“ soll in den kommenden Monaten in einem so genannten „beschleunigten Verfahren“ durchgesetzt werden, die das neue Gesetz vorsieht. Außerdem sollen deutlich mehr so genannte „Dublin“-Abschiebungen durchgeführt werden – also Abschiebungen in EU-Mitgliedsländer, in denen die Flüchtlinge zuerst registriert worden sind. Den Betroffenen drohen so genannte Ketten-Abschiebungen, staatliche Gewalt und andere unerträgliche Zustände in z.B. in Kroatien, Ungarn, Rumänien und Bulgarien.

Stadtdirektor Michael Townsend teilte mit: Anders als Ministerpräsidentin Hannelore Kraft es angekündigt hat, sollen auch weiterhin Menschen gewaltsam „bei Nacht und Nebel“ aus Bochum abtransportiert werden. Die Termine für die Abschiebeflüge würden von der zentralen

Wir reden wieder von Wellen, Flut und Strömen

Die Flüchltingsdebatte ist durchsät mit Begriffen aus dem Bereich der Naturkatastrophen. Sprachwissenschaftler warnen vor einem Bedrohungsszenario. Flüchtlinge würden so mit Gefahr verbunden.

Die typischen Sprachbilder, die Medien und Politiker in der Flüchtlingskrise verwenden, legen nach Ansicht der Sprachforscherin Constanze Spieß oft eine Bedrohung durch Migranten nahe. „Es ist immer wieder von ‚Flüchtlingswellen‘, einer ‚Flüchtlingsflut‘ oder von ‚einzudämmenden Flüchtlingsströmen‘ die Rede“, sagte Spieß dem Evangelischen Pressedienst. „Diese Metaphern stammen aus dem Bereich der Naturkatastrophen. Dadurch wird mit dem Begriff der Flüchtlinge Gefahr verbunden.“

Die Naturkatastrophen-Metaphorik lege mehr oder weniger bewusst etwas nicht Steuerbares nahe, erläuterte Spieß, die als wissenschaftliche Mitarbeiterin am Institut für Germanistik der Karl-Franzens-Universität Graz Metaphern erforscht. „Damit verbindet sich, dass die Einheimischen dem ausgeliefert sind – so wie man bei einer Naturkatastrophe beispielsweise eine Flutwelle nicht aufhalten kann.“ Das schüre Angst vor den Migranten – auch dann, wenn solche Begriffe in eine Berichterstattung mit neutralem oder positivem Tenor eingebunden seien.

Denn Formulierungen definierten stets eine bestimmte Sichtweise auf gesellschaftliche Fragen, sagte Spieß: „Die Verwendung der Sprache geschieht immer aus einer weltanschaulichen Perspektive.“ Eine Funktion von Metaphern sei, als bildliche Übertragung Emotionen anzusprechen: „In diesem Zusammenhang ist das aber problematisch.“

Sie plädiere dafür, statt der bekannten Metaphern besser Begriffe wie „Flüchtlingsbewegung“ oder „Migrationsbewegung“ zu benutzen: „Diese Formulierungen sind relativ neutral. Sie legen grundsätzlich keine negative Kommentierung der Migration nahe.“ Leider seien sie in der Debatte aber eher selten zu finden. „Manche Akteure glauben vielleicht, diese Begriffe seien zu wenig anschaulich.“ Die Naturkatastrophen-Metaphern seien demgegenüber konventionalisierte Ausdrucksweisen, denn sie seien seit Jahrzehnten in Migrationsdiskursen zu lesen, erläuterte Spieß. Selbst sprachsensiblen Menschen fielen sie deswegen inzwischen kaum mehr als problematisch auf.

Quelle: http://www.migazin.de 18.11.2015Wir reden wieder von Wellen, Flut und Strömen

Die Flüchltingsdebatte ist durchsät mit Begriffen aus dem Bereich der Naturkatastrophen. Sprachwissenschaftler warnen vor einem Bedrohungsszenario. Flüchtlinge würden so mit Gefahr verbunden.

Die typischen Sprachbilder, die Medien und Politiker in der Flüchtlingskrise verwenden, legen nach Ansicht der Sprachforscherin Constanze Spieß oft eine Bedrohung durch Migranten nahe. „Es ist immer wieder von ‚Flüchtlingswellen‘, einer ‚Flüchtlingsflut‘ oder von ‚einzudämmenden Flüchtlingsströmen‘ die Rede“, sagte Spieß dem Evangelischen Pressedienst. „Diese Metaphern stammen aus dem Bereich der Naturkatastrophen. Dadurch wird mit dem Begriff der Flüchtlinge Gefahr verbunden.“

Die Naturkatastrophen-Metaphorik lege mehr oder weniger bewusst etwas nicht Steuerbares nahe, erläuterte Spieß, die als wissenschaftliche Mitarbeiterin am Institut für Germanistik der Karl-Franzens-Universität Graz Metaphern erforscht. „Damit verbindet sich, dass die Einheimischen dem ausgeliefert sind – so wie man bei einer Naturkatastrophe beispielsweise eine Flutwelle nicht aufhalten kann.“ Das schüre Angst vor den Migranten – auch dann, wenn solche Begriffe in eine Berichterstattung mit neutralem oder positivem Tenor eingebunden seien.

Denn Formulierungen definierten stets eine bestimmte Sichtweise auf gesellschaftliche Fragen, sagte Spieß: „Die Verwendung der Sprache geschieht immer aus einer weltanschaulichen Perspektive.“ Eine Funktion von Metaphern sei, als bildliche Übertragung Emotionen anzusprechen: „In diesem Zusammenhang ist das aber problematisch.“

Sie plädiere dafür, statt der bekannten Metaphern besser Begriffe wie „Flüchtlingsbewegung“ oder „Migrationsbewegung“ zu benutzen: „Diese Formulierungen sind relativ neutral. Sie legen grundsätzlich keine negative Kommentierung der Migration nahe.“ Leider seien sie in der Debatte aber eher selten zu finden. „Manche Akteure glauben vielleicht, diese Begriffe seien zu wenig anschaulich.“ Die Naturkatastrophen-Metaphern seien demgegenüber konventionalisierte Ausdrucksweisen, denn sie seien seit Jahrzehnten in Migrationsdiskursen zu lesen, erläuterte Spieß. Selbst sprachsensiblen Menschen fielen sie deswegen inzwischen kaum mehr als problematisch auf.

Quelle: http://www.migazin.de 18.11.2015 ■

Ausländerbehörde in Bielefeld gemacht – wenn Flüge morgens stattfinden, werde man die Betroffenen weiterhin unangekündigt nachts in ihren Unterkünften aufgreifen. Die Stadt wolle die Presse jetzt schon darauf vorbereiten, dass es dabei auch zu „unschönen Situationen“ kommen werde.

Denn, so Michael Townsend weiter, wenn unangekündigte Abschiebungen zum Beispiel aus Turnhallen-Unterkünften durchgesetzt werden sollen, bleibe den städtischen Mitarbeiter*innen nichts anderes übrig, als auch nachts in die Hallen einzudringen und dort nach den Abzuschiebenden zu suchen. Der Leiter des Einwohnermeldeamtes Peter Braun ergänzte: „Das geht nur mit Polizei. Denn dort stehen unsere Mitarbeiter da nicht nur einer Familie, sondern quasi gleich hundert Menschen auf einmal gegenüber.“ Tumultartige Situationen in den Sammelunterkünften und Polizeigewalt gegen Flüchtlinge sind offensichtlich fest einkalkuliert.

Bereits seit dem Sommer berichten Flüchtlinge und HelferInnen in Bochum vermehrt über brutale Polizeiüberfälle zur Durchsetzung von Abschiebungen. Nach der Ankündigung der Stadt ist zu befürchten, dass die Bochumer Flüchtlingsunterkünfte dauerhaft zu Orten des nächtlichen Schreckens, der (Re-)Traumatisierung und der quälenden Unsicherheit werden sollen. Für alle flüchtlingspolitisch Aktiven wird nun zu diskutieren sein, wie sie mit dieser neuen Situation umgehen werden.

Quelle: http://www.bo-alternativ.de 16.11.2015

Aufruf für eine menschliche Flüchtlingspolitik

Wir Flüchtlingspaten sind nicht Initiatoren, aber Unterstützer dieses Aufrufs engagierter Mitbürger/innen für menschliche Flüchtlingspolitik, der am Seitenende auch öffentlich unterschrieben werden kann:

Ein Teil der Bundesregierung überschreitet dieser Tage eine rote Linie. Er verwirft und durchkreuzt die deutsche Flüchtlingspolitik, die bisher die Not der Menschen erkannte und pragmatische Lösungen suchte.

Jetzt sollen Frauen und Kinder sich keine Hoffnung auf eine Rettung aus dem Kriegsgebiet mehr machen dürfen. Der Familiennachzug soll unterbunden werden. Viele brechen deshalb bereits auf, um trotz des kommenden Winters über die lebensgefährlichen Routen nach Europa zu gelangen. Es bahnt sich eine humanitäre Katastrophe an: Sie wird bewusst in Kauf genommen, um Abschreckungseffekte zu erzielen.

Fast alle Flüchtlinge, auch die aus Syrien, sollen nur noch subsidiären Schutz bekommen. Damit hätten sie zunächst nur eine Aufenthaltserlaubnis von einem Jahr. Ihre Chancen auf eine Ausbildung, einen Arbeitsplatz, auf den Erwerb der deutschen Sprache würden sich dramatisch verringern. Offenkundig ist ihre Integration nicht mehr gewollt. Das ist nicht nur schlimm für sie selbst, sondern auch schlimm für Deutschland, denn ihre Ausgrenzung wird kein einziges Problem lösen, sondern nur neue Probleme schaffen.

Es wird mit fragwürdigen Zahlen argumentiert. Dass Hunderttausende von geflüchteten syrischen Männern wegen Familiennachzugs um den Faktor „vier oder mehr“ (de Maizière, 6.11.15) multipliziert werden müssten, ist in unverantwortlicher Weise übertrieben. Insgesamt haben laut Statistik des BAMF 2015 bisher rund 100 000 Syrerinnen und Syrer Asylanträge gestellt, von denen nur eine Minderheit nachzugsberechtigte Ehegatten und minderjährige Kinder hat.

Durch den immer wieder angefeuerten Konflikt innerhalb der Regierung entsteht der Eindruck von Unberechenbarkeit. Es wird Unsicherheit geschürt, die das Land spaltet und die AfD und Pegida stärkt. Es wird aus undurchsichtigen Gründen eine Symbolpolitik betrieben, die nicht mehr an Problemlösungen interessiert ist.

Wir fordern die Bundesregierung auf, auf dem Pfad einer menschlichen Flüchtlingspolitik weiterzugehen und ihre Regierungsverantwortung wahrzunehmen. Wir stehen vor der Herausforderung, den Geflohenen mit einer Bleibeperspektive in Deutschland Arbeit, Teilhabe und Integration zu ermöglichen. Dafür fehlen bisher die Konzepte und Programme. Die Bundesregierung sollte, im Interesse Deutschlands, sich diesen Herausforderungen stellen und die Zukunft gestalten, anstatt alleine auf Abschottung und Abschreckung zu setzen und Scheinlösungen zu verbreiten.

Quelle: http://fluechtlingspaten-syrien.de/aufruf 16.11.2015 ■

Referentenentwurf: Frontalangriff auf das individuelle Asylrecht

Erste Einschätzung von PRO ASYL zum heute bekannt gewordenen BMI-Entwurf

PRO ASYL kritisiert den heute bekannt gewordenen Referentenentwurf des Bundesministeriums des Innern als Frontalangriff auf das individuelle Recht auf Asyl. Das „Gesetz zur Einführung beschleunigter Asylverfahren“ soll in den nächsten Tagen bereits im Bundekabinett besprochen und bis zur Weihnachtspause im Bundestag verabschiedet sein.

Demnach kann nahezu jeder Asylsuchende einem rechtsstaatlich äußerst bedenklichen Schnellverfahren unterworfen werden. Einer Vielzahl von Asylsuchenden kann vorgeworfen werden, Identitäts- und Reisedokumente mutwillig zu vernichten, falsche Angaben gemacht oder durch Verschweigen wichtiger Informationen über Identität- oder Staatsangehörige getäuscht zu haben. In aller Regel fliehen Flüchtlinge ohne gültige Papiere illegal über die Grenzen. „Ihnen deshalb ein faires Asylverfahren zu verweigern ist ein Frontalangriff auf das individuelle Asylrecht“, wertet Geschäftsführer Günter Burkhardt. In Schnellverfahren können Fluchtgründe nicht ermittelt werden. Rechtsschutz und die Rechtsweggarantie des Grundgesetzes werden de facto unterlaufen.

Die SPD hat zwar die Masseninhaftierung in Transitzonen verhindert. Nun wird das Asylrecht auf kaltem Weg ausgehebelt. Die rechtlichen Folgen sind für die Schutzsuchenden ähnlich.

Die Asylsuchenden sollen in den besonderen Aufnahmeeinrichtungen bleiben. Verletzt ein Asylsuchender die Pflicht, sich dort aufzuhalten, sieht das Gesetz vor, dass sein Asylantrag als zurückgenommen gilt. „Verstöße gegen die Residenzpflicht dürfen nie und nimmer zum Ausschluss vom Asylverfahren führen“, kritisiert Günter Burkhardt. Wer derzeit als Asylsuchender durch Deutschland reist, um Angehörige zu sehen, begeht eine Ordnungswidrigkeit. Die vorgesehene Sanktionierung der Einstellung des Asylverfahrens ist schlicht unverhältnismäßig. Dem Betroffenen droht die Abschiebung ins Herkunftsland, wo ihm womöglich Folter und andere schwere Menschenrechtsverletzungen drohen.

Weit über die ohnehin problematischen Beschlüsse der Regierungskoalition vom 5. November hinaus wird der Familiennachzug de facto auf Jahre hinaus verhindert. Neu eingeführt wird für Menschen, die subsidiär geschützt sind, eine zweijährige Wartefrist. In der Praxis bedeutet dies jedoch, dass Familien de facto nahezu fünf Jahre lang getrennt sein werden: Bis zur Entscheidung eines Asylantrags kann ein Jahr vergehen. Nach der Entscheidung ist nun eine gesetzliche Wartefrist von zwei Jahren vorgesehen. Angesichts der Visaterminvergabe in deutschen Botschaften ist mit einer in der Regel mehr als einjährigen Wartezeit für einen Termin zu rechnen. Anschließend erfolgt eine oft monatelange Überprüfung der Echtheit der vorgelegten Dokumente. De facto will das Bundesinnenministerium hiermit das Grundrecht als Familie zusammenzuleben für Kriegsflüchtlinge aushebeln.

Quelle: Presseerklärung Pro Asyl 18.11.2015

Neue Macht – Neue Verantwortung

Allzeit bereit – Die neue deutsche Weltpolitik und ihre Stützen

Veranstaltung mit Jörg Kronauer
Montag, 30. November 2015, 20:00 Uhr
Im Forum der Volkshochschule Aachen 52062 Aachen, Peterstraße 21

Spätestens seit dem Auftritt von Bundespräsident Gauck, Verteidigungsministerin von der Leyen und Außenminister Steinmeier bei der Münchner Sicherheitskonferenz Anfang 2014 mit ihrer Forderung, Deutschland müsse mehr Verantwortung übernehmen, ist in der öffentlichen Debatte über Deutschlands Rolle in der Welt ein neuer Ton zu vernehmen. Dahinter steht die Forderung, Deutschland müsse seine bislang an den Tag gelegte Zurückhaltung zugunsten einer offensiver ausgerichteten Außenpolitik ad acta legen, was nichts anderes als eine stärkere militärische Beteiligung Deutschlands in der Welt bedeutet. Diesen Worten sind inzwischen Taten gefolgt („Nato-Speerspitze", stärkere Beteiligung an Nato-Manövern, auch in Osteuropa, verstärkte militärische Interventionen in Afrika usw.)

Diese genannten Forderungen und die damit einhergehende Trendwende basieren auf dem Ergebnis des 2011 gestarteten Projekts „Neue Macht – Neue Verantwortung", dessen gleichnamiger Abschlussbericht alle wesentlichen Kerngedanken bis hin zu wortgleichen Formulierungen der späteren Rede des Bundespräsidenten enthält: „…. Darüber hinaus hat Deutschland ein strategisches Interesse an der offenen und freien Weltordnung, welche die Globalisierung erst möglich macht, – sowie am Schutz der Domänen (Meere, Luft- und Weltraum, Cyberspace), die globale Gemeinschaftsgüter (global commons) sind, aber auch wegen neuer technischer Entwicklungen zunehmend konfliktträchtig werden. Wenn Deutschland die eigene Lebensweise erhalten und schützen will, muss es sich folglich für eine friedliche und regelbasierte Weltordnung einsetzen; mit allen legitimen Mitteln, die Deutschland zur Verfügung stehen, einschließlich, wo und wenn nötig, den militärischen." *(aus „Neue Macht – Neue Verantwortung" Stiftung Wissenschaft & Politik)*

Über diesen Themenkomplex wollen wir mit dem Referenten Jörg Kronauer diskutieren. Jörg Kronauer wird auch auf sein 2015 erschienenes Buch „Allzeit bereit – Die neue deutsche Weltpolitik und ihre Stützen" eingehen, das sich kritisch mit diesem Weltmachtanspruch und der von vielen deutschen Eliten geforderten militärischen weltweiten Präsenz Deutschlands auseinandersetzt.

*Jörg Kronauer, *1968, lebt in London, ist Soziologe und freier Journalist mit den Schwerpunkten Neofaschismus und deutsche Außenpolitik, Redakteur des Nachrichtenportals www.german-foreign-policy.com*

Veranstalter: Aachener Friedenspreis e.V. • Antikriegsbündnis Aachen • Ev. Erwachsenenbildungswerk Aachen • pax christi Aachen • Volkshochschule Aachen • VVN Ortsgruppe Aachen • Arbeitskreis Antimilitarisierung im AFP

IDA-Kooperationsseminar „Flucht und Asyl

Empowermentstrategien in der Arbeit mit jungen Geflüchteten" vom 11. – 13. Dezember 2015

Das dreitägige Seminar widmet sich dem Thema Flucht und Asyl und hier insbesondere der Frage, wie Jugendliche und junge Erwachsene, die selbst geflohen sind oder Angehörige haben, die fliehen mussten, am gesellschaftlichem Leben in Deutschland partizipieren können. Das Thema Flucht und Asyl beherrscht immer wieder die Tagesnachrichten und wird kontrovers diskutiert. Was haben Jugendliche, die selbst eine Migrations- oder Fluchterfahrung haben, zu dieser häufig sehr aufgeheizten Debatte zu sagen und wie können sie Gehör finden? Wo können sie lernen, sich zu äußern und gesellschaftspolitisch zu engagieren?
Zugleich nehmen rechte Übergriffe auf Geflüchtete immer mehr zu; für viele Geflüchtete bedeutet dies, dass sie weiterhin mit Gewalt und Bedrohungen konfrontiert sind.
Das Seminar soll thematisieren, wie junge Menschen – mit und ohne Fluchtgeschichte – mit der Diskriminierung und Ausgrenzung von Geflüchteten umgehen können und ihnen Handlungs- und Beteiligungsmöglichkeiten aufzeigen. Besonders die Auseinandersetzung mit Entwicklungsmöglichkeiten von praktischen Empowermentstrategien und Herangehensweisen soll einen Raum einnehmen. Ziel der Veranstaltung ist es, dass die Teilnehmer_innen vor allem für ihre praktische Arbeit Impulse und Inspiration mitnehmen können. Dazu wird Bernd Brack von Pro Asyl einen Überblick über die aktuelle Situation von Geflüchteten beitragen und rechtliche und gesellschaftliche Möglichkeiten für einen sicheren Aufenthalt in Deutschland aufzeigen. Adad Zozo vom Assyrischen Jugendverband Mitteleuropa (AJM) e.V. wird die praktische Arbeit des Jugendverbandes präsentieren und das Projekt Save our Souls (SOS) von und für Geflüchtete vorstellen. Wir werden mit jungen Geflüchteten und Migrant_innen ins Gespräch kommen und ihre Sicht der Dinge in den Fokus nehmen.

Anmeldung und weitere Informationen:

Informations- und Dokumentationszentrum für Antirassismusarbeit e. V.
Info@idaev.de
www.idaev.de/aktuelles/bpb-ida-kooperationsseminar.html

Teilnahmebedingungen
Kosten: 30,- € inkl. Unterkunft im Mehrbett-/Einzelzimmer, Verpflegung und Tagungsbeitrag. Die Fahrtkosten müssen selbst getragen werden.
Tagungsort:
Salvador-Allende-Haus
Haardgrenzweg 77
45739 Oer-Erkenschwick
Veranstalter: IDA e. V. in Kooperation mit Assyrischer Jugendverband Mitteleuropa (AJM) e.V. und dem Landesjugendring NRW

Der Herausgabekreis und die Redaktion sind zu erreichen über:
GNN-Verlag, Venloer Str. 440, 50825 Köln Tel. 0221 / 21 16 58, Fax 0221 / 21 53 73.
email: antifanachrichten@netcologne.de, Internet: http://www.antifaschistische-nachrichten.de
Erscheint bei GNN, Verlagsges. m.b.H., Venloer Str. 440, 50825 Köln. V.i.S.d.P.: Jörg Detjen
Redaktion: Für Schleswig-Holstein, Hamburg, NRW, Hessen, Rheinland Pfalz, Saarland: U. Bach, H. Deilke GNN-Verlag Köln. Baden-Württemberg und Bayern über GNN-Süd, Stubaier Str. 2, 70327 Stuttgart, Tel. 0711 / 62 47 01. Für „Aus der faschistischen Presse": J. Detjen c/o GNN Köln.
Erscheinungsweise: 14-täglich. Bezugspreis: Einzelheft 1,50 Euro.
Bestellungen sind zu richten an: GNN-Verlag, Venloer Str. 440, 50825 Köln. Sonderbestellungen sind möglich, Wiederverkäufer erhalten 30 % Rabatt.

Die antifaschistischen Nachrichten beruhen vor allen Dingen auf Mitteilungen von Initiativen. Soweit einzelne Artikel ausdrücklich in ihrer Herkunft gekennzeichnet sind, geben sie nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder, die nicht alle bei ihr eingehenden Meldungen überprüfen kann.

Herausgabekreis der Antifaschistischen Nachrichten: Annelie Buntenbach (Bündnis 90/Die Grünen); Rolf Burgard (VVN-BdA); Jörg Detjen (Verein für politische Bildung, linke Kritik und Kommunikation); Martin Dietzsch; Regina Girod (VVN – Bund der Antifaschisten); Dr. Christel Hartinger (Friedenszentrum e.V., Leipzig); Hartmut-Meyer-Archiv bei der VVN – Bund der Antifaschisten NRW; Ulla Jelpke (MdB DIE LINKE); Ulrike Bach, Edith Bergmann, Christoph Cornides – Förderverein Antifaschistische Nachrichten ; Kreisvereinigung Aachen VVN-BdA; Angelo Lucifero; Kai Metzner (minuskel screen partner); Bernhard Strasdeit; Volkmar Wölk.

Flüchtlinge: „Wir wissen nicht mehr, wie man tötet“

„Im traurigen Monat November“, in dem normalerweise nicht nur das Wetter sondern auch Tage wie Allerheiligen, Totensonntag und Volkstrauertag für eine eher etwas düstere Grundierung sorgen, knüpft die ZU-ERST!-Redaktion nicht ungeschickt mit ihrem Aufmacher an diese Stimmung an. Eine Henkersschlinge, im oberen Bereich halbkreisförmig umrahmt von Bildern von Politikern, die seit 1946 wegen ihnen vorgeworfener Kapitalverbrechen vor meist internationale Gerichte gestellt und in den meisten Fällen verurteilt wurden. An ihrer Spitze die zum Tode verurteilten und hingerichteten Kriegsverbrecher Joachim von Ribbentrop (Außenminister der Naziregierung) und Tojo Hideki (von 1941 bis 1944 japanischer Premierminister), darunter Radovan Karadzic, Saddam Hussein, Jean Kambanda (Ruanda) und Germain Katanga (Kongo). Unterhalb dieser altarähnlichen Anordnung leuchtet in Signalgelb der Schriftzug „70 Jahre Siegerjustiz“ versehen mit dem Untertitel „Von Nürnberg bis Den Haag“. 70 Jahre nach dem Beginn des alliierten Prozesses gegen die deutschen Hauptkriegsverbrecher, dem Beginn, der nur wenig später in den Westzonen und der späteren Bundesrepublik Deutschland versandeten Versuche, die Naziverbrechen juristisch aufzuarbeiten, wird im „deutschen Nachrichtenmagazin“ nicht der Millionen Opfer von Naziterror und -krieg gedacht, sondern behauptet, die Angeklagten von Nürnberg seien Opfer einer ungerechten Siegerjustiz geworden. Aufgestellt wird diese Behauptung von dem Historiker Prof. Dr. FRANZ W. SEIDLER, der u.a. „stellvertretender Direktor der Bundeswehrfachschule Köln und „Referent im Bundesministerium der Verteidigung“ war bevor er Professor an der Bundeswehrhochschule in München wurde. Die Titel seiner Bücher sprechen für sich: „Verbrechen an der Wehrmacht – Kriegsgreuel der Roten Armee“, „Das Recht in Siegerhand – Die 13 Nürnberger Prozesse 1945-1949“, „Schuldig! – Die alliierten Siegerprozesse gegen Soldaten, Polizisten und Zivilisten“ und „Deutsche Opfer – Alliierte Täter 1945“. Der letzte Titel wird vom Verlag mit dem Satz beworben: „Dies ist ein Buch für Leser mit starken Nerven.“

Seidler (wen wundert es, dass er ausgerechnet bei der Bundeswehr Karriere machte) argumentiert wenig originell in typisch geschichtsrevisionistischer Manier: „Nach meinem politisch unkorrekten Dafürhalten sind die Nürnberger Kriegsverbrecherprozesse eine der größten Schandtaten in der Geschichte der Strafjustiz…. Bei so viel Rechtsbeugung war ein gerechtes Urteil nicht zu erwarten. In meinen Augen handelt es sich bei allen 13 Verfahren um politische Schauprozesse und nicht um Bestrebungen, den Angeklagten gerecht zu werden. Sie ähnelten Stalins Säuberungsprozessen in den dreißiger Jahren noch mehr als den Prozessen zur Ausschaltung der Opposition im nationalsozialistischen Deutschland….Wäre es nach dem Zweiten Weltkrieg zu einem Prozess mit Richtern aus den wenigen neutral gebliebenen Ländern, zum Beispiel aus Schweden, der Schweiz oder der Türkei, gekommen, um die Schuld an Angriffskriegen und die Verstöße gegen das Kriegsvölkerrecht und die Menschenrechte während des Krieges zu ahnden, hätten aus den Reihen der Siegermächte wohl mehr Angeklagte vor Gericht gestanden als Deutsche. Die Sowjetunion hätte die meisten zu stellen gehabt…. Die Deutschen hatten nichts getan, was mit den alliierten Bombenangriffen vergleichbar war. Insofern brauchten sich die Sieger nicht zu rächen.“

Eine solche Argumentation bedient lediglich die Ansprüche der altrechten ZU-ERST!-Leser(innen) mit einem naziaffinen Weltbild. Viel interessanter ist der Versuch, mit der Gleichsetzung der Nürnberger Prozesse mit den Prozessen gegen serbische, irakische oder afrikanische Politiker, nicht nur die Schuld der Nazis zu relativieren, sondern auch Menschen zu erreichen, die die US- und NATO-Kriegspolitik ablehnen und bekämpfen. Die undifferenzierte Proklamation einer „Siegerjustiz“ nach 1945 ist ein erneuter Versuch, ideologisch in die Reihen der Anhänger(innen) der Friedensbewegung einzubrechen, der Versuch einer Querfront gegen die Interessen der USA und für angeblich deutsche Interessen. Solch unmoralische Angebote kommen immer von rechts und werden gesetzmäßig dort enden.

Natürlich spielt auch das Thema der massenhaften Migration eine wichtige Rolle. Fast wie unter einem Vergrößerungsglas finden wir die wesentlichen Argumente der Rechten in einem Interview mit dem neurechten Publizisten MARTIN LICHTMESZ, der das bereits 1973 in Frankreich erschienene Werk des „traditionalistischen Katholiken“ Jean Raspail neu ins Deutsche übersetzt hat. Wer seine Aussagen liest, weiß warum: „Die heutigen Entwicklungen zeichneten sich schon in den zwanziger und dreißiger Jahren ab, als Oswald Spengler den Niedergang der weißen Welt, das Ende des Kolonialismus und die Fusion von Klassen- und Rassenkampf prophezeite. 1957, mitten im Algerienkrieg, der dem französischen Kolonialreich den Rest geben sollte, schrieb der Schriftsteller und Nobelpreisträger Albert Camus in einem Brief an einen Freund: ‚Die Entwicklung der Welt überwältigt mich zur Zeit. Auf lange Frist werden alle Kontinente (gelbe, schwarze und braune) in das alte Europa strömen. Ihre Zahl beträgt Hunderte und Hunderte von Millionen. Sie sind hungrig, und sie haben keine Angst zu sterben. Und wir wissen nicht mehr, wie man tötet. Daher müssen wir auf das Jahr 1000 warten oder auf ein Wunder.‘… Nicht zu vergessen der britische Politiker Enoch Powell, der 1968 in einer berühmten Brandrede davor warnte, dass die Masseneinwanderung nach Europa in ‚Rivers of Blood‘ – ‚Strömen aus Blut‘ münden werde…. Zugleich kritisierte in Deutschland ein Arnold Gehlen die Ausbreitung einer realitätsfernen und dekadenten ‚Hypermoral‘. Raspail bündelt diese und andere Zeittendenzen in der literarischen Fiktion seines Buches, projiziert auf eine von ihm aus gesehen nahe Zukunft…. Die Pointe bei Raspail ist, dass sie nicht ahnen, was in Wahrheit auf sie zukommt, nämlich eine Armee von entschlossenen Eroberern, deren Waffen die Armut, das Elend und vor allem ihre große Zahl sind…. Ich kenne kein besseres Buch, mit dem man sich gegen den grassierenden Asyl-Massenwahn mental impfen könnte“.

Geistig ist das natürlich auf einem anderen Niveau als die „Ausländer raus!“ brüllenden Schlägertypen der HOGESA oder der wöchentlich in Dresden aufmarschierende dumpfe PEGIDA-Mob – inhaltlich meint der Intellektuelle Lichtmesz das gleiche. Und Formulierungen, in denen von Tod und Strömen von Blut die Rede ist, werden von ihm auch nicht zufällig zitiert. Niemand muss sich wundern, wenn sich Menschen finden, die die Andeutungen in die mörderische Tat umsetzen. *tri* ■

BESTELLUNG: Hiermit bestelle ich ... Stück pro Ausgabe (Wiederverkäufer erhalten 30 % Rabatt)

O Halbjahres-Abo, 13 Hefte 27 Euro

O Förder-Abo, 13 Hefte 30 Euro

O Jahres-Abo, 26 Hefte 54 Euro

O Förder-Abo, 26 Hefte 60 Euro

O Schüler-Abo, 26 Hefte 30 Euro

Erscheinungsweise: 14-täglich

O Ich möchte Mitglied im Förderverein Antifaschistische Nachrichten werden. Der Verein unterstützt finanziell und politisch die Herausgabe der Antifaschistischen Nachrichten (Mindestjahresbeitrag 30,– Euro).

Einzugsermächtigung: Hiermit ermächtige ich den GNN-Verlag widerruflich, den Rechnungsbetrag zu Lasten meines Kontos abzubuchen. (ansonsten gegen Rechnung)

Name: Adresse:

Konto-Nr. / BLZ Genaue Bezeichnung des kontoführenden Kreditinstituts

Unterschrift

GNN-Verlag, Venloer Str. 440, 50825 Köln, Tel. 0221 – 21 16 58, Fax 21 53 73, E-Mail: gnn-koeln@netcologne.de

Bankverbindung: Postbank Köln, IBAN DE 95 3701 0050 0010 4195 07, BIC PBNKDEFF370